

DAS JAHR 1945 IN DER WAGGONFABRIK GANZ ZU BUDAPEST

von

BÉLA KIRSCHNER — ISTVÁN LENGYEL

Die Ganz und Comp. Elektrische, Maschinen-, Waggonfabrik und Schiffswerft A. G. war ebenso wie die Manfred Weiss Werke und die Rimamurány-Salgótarjánier Eisenwerke eines der grössten Unternehmen der Schwerindustrie in Ungarn. Jedes dieser Unternehmen gehörte einer anderen Finanzgruppe an, die Ganz A. G. gehörte zur Ungarischen Allgemeinen Kreditbank, die 70% der Ganz-Aktien besessen hat.¹ Hinsichtlich des Grundmittelwertes, der Menge des erzeugten Materials und der Arbeiterzahl nahmen diese drei Mammutobjekte im Maschinenbau, und darüber hinaus in der gesamten ungarischen Schwerindustrie eine Schlüsselstellung ein.

Im Rahmen der Ganz A. G. waren unmittelbar fünf Fabriken in Betrieb: 1. Waggon- und Maschinenfabrik, X., Kőbányai út 31., 2. Schiffswerft, XIII., Meder u. 9., 3. Elektrische Fabrik, II., Lövház u. 39., 4. Fabrik für Elektrische Zähler, X., Simor u. und 5. Stammwerk, II., Ganz u. 11. Der bedeutendste Betrieb der Aktiengesellschaft war die Waggon- und Maschinenfabrik, die den Gegenstand unserer Studie bilden soll. Im Herbst 1944 beschäftigte die Ganz A. G. etwa 8000 Arbeiter. Diese verteilten sich auf die einzelnen Betriebe wie folgt: im Stammwerk arbeiteten 150, in der Schiffswerft 1400, in der Elektrischen Fabrik 1700 Arbeiter, und mehr als die Hälfte der ganzen Belegschaft, etwa 4750 Arbeiter waren in der Waggonfabrik und in der mit dieser dem Wesen nach zusammengebauten, aber rechtlich selbständigen Fabrik für Elektrische Zähler beschäftigt. Auch 760 der insgesamt 1950 Beamten des Unternehmens und ein Grossteil der zur Zentrale gehörigen Angestellten arbeiteten in der Waggonfabrik. Die Zentrale des Unternehmens, alle Abteilungen, die mehrere Anlagen bedienten, waren nämlich teils im Bereich der Waggonfabrik, teils im Stammwerk untergebracht.²

Die Produktionstätigkeit der Waggon- und Maschinenfabrik war auch an sich ausserordentlich vielfältig. Es wurden hier offene und gedeckte Güterwagen, Personenwagen, Kühlwaggons, Postwagen, Schaffnerwagen usw., ferner Diesel-mechanische Motortriebwagen, elektrische Lokomotiven des Systems Kandó und elektrische Strassenbahnwagen erzeugt. Zu allen diesen Erzeugnissen lieferte das Werk in der Kőbányai-út die Waggons, Motoren und sonsti-

gen mechanischen Bestandteile, die Elektrische Fabrik hingegen die elektrischen Einrichtungen. Auch auf dem Gebiet des anderen Hauptfabrikationszweigs der Anlage — dem Maschinenbau — übte das Werk eine vielfältige Produktionstätigkeit aus. Es erzeugte Schnellgang-Dieselmotoren des Systems Ganz-Jendrassik für stabilen, Bahn- und Schiffsbetrieb, sowie für sonstige Fahrzeuge, Gasmotoren, Wasserturbinen und Zentrifugalpumpen, Zerkleinerungsmaschinen (stabile und auf Fahrzeuge montierte Steinbrecher), Einrichtungen für die Erzbearbeitung, Maschinen für die Briketterzeugung, Ziegeleimaschinen, Walzenstühle für die Mühlenindustrie, allgemeine Maschinen (Transmissionen, Zahnradgetriebe, Banknotenpressen), Kühlmaschinen (Kompressoren, Ausrüstungen für die Kunsteisernerzeugung, Schlachthauseinrichtungen), Eisenbahn-Oberbauten (Weichen, Sicherungseinrichtungen, Kreuzungen, Trommleinrichtungen usw.), Rohstahlgüsse usw. Diese Artikel stellten die Normalerzeugnisse der Waggon- und Maschinenfabrik dar. Während des Krieges erzeugte das Werk zu Lasten der Normalprodukte auch Sturmgeschütze, Panzernester und Bombenzünder.³

Die Dokumente, die ein genaues Verzeichnis der Erzeugnisse des Werkes enthielten, wurden im Laufe der Belagerung von Budapest vernichtet, daher enthält der Bericht vom Februar 1945 in bezug auf die Jahresproduktion der einzelnen wichtigeren Erzeugnisse nur folgende annähernden Angaben: die Jahresproduktion der Waggon- und Maschinenfabrik betrug in den vierziger Jahren im Durchschnitt ca. 20 St. elektrische und Diesel-Lokomotiven, 70 St. Personenwagen, 650 St. Güterwagen, 300 Tonnen Dieselmotoren, 500 Tonnen Wasserturbinen und Pumpen, 1800 Tonnen Zerkleinerungs- und Ziegeleimaschinen, 800 Tonnen Eisenbahn-Oberbauten, 1500 Tonnen Walzenstühle, Gasmotoren und allgemeine mechanische Einrichtungen, 80 Tonnen Kühlmaschinen, ca. 130 000 elektrische Zähler, 300 Tonnen Rohstahlgüsse für den Verkauf nach Aussen und ca. 1000 Tonnen Kriegsartikel.⁴

Für die Ganz A. G. war die enge Verflechtung mit dem Staat ebenso kennzeichnend, wie im allgemeinen für alle Unternehmen, die eine Monopolstellung genossen.

Während des Krieges war auch bei Ganz der grundlegende Standpunkt die Produktionssteigerung nicht zuletzt, um die zunehmenden Kriegsverluste zu ersetzen. Besonders galt dies für die letzte Etappe des Krieges, als das Werk aufgrund von Aufträgen des Kriegsministeriums die Herstellung unmittelbarer militärischer Artikel in Angriff nahm. Man versuchte die Produktionssteigerung zu gewährleisten, unbeachtet dessen, dass mit zunehmender Verschlechterung der militärischen Lage aus allen Teilen des Werkes immer mehr Arbeitskräfte zum Frontdienst einbezogen wurden. Zur Sicherstellung der Produktion wandte man verschiedene Methoden an, doch wurde eine fortlaufende Produktion, besonders infolge der sich stets steigernden Luftangriffe, immer mehr erschwert. Ein Teil der Betriebsanlagen und Büros wurde schon im Sommer 1944 in die Stadt, in gemietete Räumlichkeiten verlegt . . . Zur Lagerung von Material und Bestandteilen wurden zahlreiche Lagerräume — vor allem Weinkeller in Budafok — gemietet. Die Waggonteile der aufgrund eines Auftrags der argentinischen Eisenbahnen vom Jahr 1939 erzeugten Motortriebwagen wurden jedoch nach Westungarn transportiert.⁵ Im Dezember 1944 wurden ausserhalb des Werkes — besonders in Räumlichkeiten in der Umgebung von

Buda — schon an 22 Stellen Materialien und Ausrüstungen gelagert.⁶ Diese Schutzmassnahmen konnten die infolge der Bombenangriffe entstandenen Schäden im besten Fall natürlich nur vermindern. Anlässlich des Bombenangriffes am 27. Juni 1944 z. B. wurden 3 Personen getötet und 32 verwundet. Mehrere Betriebsteile wurden vollständig vernichtet, noch mehr Werkstätten, Lager, Bürogebäude mehr oder minder schwer beschädigt. Den Berichten zufolge hatte das Werk schon zu jener Zeit einen unmittelbaren materiellen Schaden in der Höhe von 16 700 400 Pengő zu verzeichnen. Laut Bericht verursachte der Kapazitätsausfall bei den unmittelbaren Militärlieferungen eine Verzögerung von 2–5 Monaten, bei den indirekten eine solche von 3–6 Monaten.⁷ Ähnlich schwere Verluste erlitt das Werk auch infolge des Bombenangriffes vom 17–18. September 1944.

Ausser den Kriegsschäden erschwerte auch die zunehmend kriegsfeindliche Haltung der Arbeiterschaft die Sicherstellung der kontinuierlichen Produktion. Im Sinne der Ministerialanordnung vom Jahr 1944 konstituierte sich auch hier der Arbeitsausschuss, in dessen Betätigung — laut Schreiben des Generalleutnants vitéz Henneyi vom 20. Juni — das Geltendwerden keinerlei politischen Einflusses gestattet werden durfte. Zu diesem Zweck sollen an die Spitze des Ausschusses „verlässliche, moralische Ungarn unbescholtenen Charakters, Mitglieder des Heldenordens oder gewesene Soldaten gestellt werden“,“⁸ die gleichzeitig das Amt des Arbeitsreferenten bekleideten. Die Ausschüsse dieses Charakters konnten natürlich weder bei Ganz, noch in anderen Betrieben den Erwartungen Genüge leisten. Deshalb gab der Landesverband der Industriellen schon in seinem Rundschreiben vom 26. August 1944 den „Leitfaden zur intensiveren Gestaltung der Tätigkeit der Arbeitsausschüsse“ heraus. Der Leitfaden wies darauf hin, dass laut Ministerialverordnung Zweck der Institution die Sicherung des Werkfriedens sei, das man in das allgemeine Bewusstsein der Arbeitnehmer in der Weise übertragen wollte, dass man an die gemeinsamen Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, an „die Anerkennung der gegenseitigen Rechte“, die „Erkenntnis der Zusammengehörigkeit“ usw. erinnerte, um aber das Interesse der Arbeiterschaft für diese Institution zu erwecken, die Teilnahme der Massen an der Arbeit derselben zu fördern, wurde als Aufgabe des Ausschusses unter anderem auch das Befassen mit Unterstützungsangelegenheiten, mit persönlichen Beschwerden (Administration der Lohnverrechnung, der Kriegsversorgung usw.) bezeichnet. Alldas hatten die Leiter der Ausschüsse in der Weise zu bewerkstelligen, „dass die ihnen anvertrauten Betriebe ihrer Zielsetzung entsprechend zu tunlichst bedeutenden Faktoren des obersten Gesichtspunktes, der Produktionssteigerung werden mögen“.⁹ Zugleich war man bestrebt den Arbeitswillen der Werk tätigen auch mit Hilfe anderer Methoden, z. B. durch Verleihung von Auszeichnungen usw. zu steigern. In der Waggonfabrik Ganz erhielten 20 Personen das silberne oder bronzene Verdienstkreuz für Zivile Landesverteidigung, und zwar nebst 2 Prokuristen, 2 Oberinspektoren, 1 Inspektor, 5 Beamten und 1 Werkmeister auch 9 Arbeiter.¹⁰ Für die Werk tätigen der Kriegsbetriebe wurden Textilaktionen organisiert, als die beschlagnahmten Warenbestände der jüdischen Geschäfte verteilt wurden. Wer im Rahmen dieser Aktionen Zuteilungen erhalten konnten, das bestimmte der Arbeitsreferent gemeinsam mit dem Arbeitsausschuss.¹¹ Jene, die trotzdem unzu-

frieden waren, lies der Militärkommandant des Betriebes einberufen und an die Front schicken. Über die Stimmung der Arbeiterschaft und die Betätigung einzelner oppositionell eingestellter Arbeiter wurden übrigens Leitung und Kommandantur durch das auch bei Ganz wohlausgebaute Spitzelsystem informiert.¹²

Nach dem Pfeilkreuzlerputsch vom 15. Oktober 1944 wurde auch bei Ganz der sg. „Hungaristische Betriebsrat“ zustandegebracht.¹³ Hand in Hand damit wurden die links eingestellten Leute noch ärger als bisher verfolgt, die Terrormassnahmen vermehrten sich. Viele der bekannteren links orientierten Arbeiter mussten aus dem Werk fliehen.¹⁴ Die Unzufriedenheit der Arbeiter wurde auch dadurch gesteigert, dass die Pfeilkreuzlerregierung mit den Deutschen ein Abkommen schloss, wonach „die vom Standpunkt der Fortsetzung des Krieges wichtigen Produktionszweige zwecks Sicherstellung der Produktion von Ungarn vorübergehend in das Reich, bzw. in das Protektorat verlegt werden müssen.“¹⁵ Kennzeichnend ist, dass die Deutschen gezwungen waren die Lahmlegung der Waggonfabrik selbst durchzuführen.¹⁶ An mehreren Orten wurden Sabotageakte verübt. Während die Deutschen und die Pfeilkreuzler alles daransetzten um ihre Herrschaft zu verlängern, bereitete sich auch der fortschrittlichste Teil der Ganz'schen Arbeiterschaft darauf vor, in Ausnützung der durch die Befreiung gebotenen Möglichkeiten sodann sofort mit der Organisierung des neuen Lebens zu beginnen.

Die Lage des Betriebs zur Zeit der Befreiung. Konstituierung des Provisorischen Betriebsausschusses. Anfänge des neuen Lebens

Im Laufe der Befreiungskämpfe um Budapest erlitt ein grosser Teil der Ganz'schen Betriebsanlagen schwere, ein kleinerer Teil weniger schwierig wieder herstellbare Schäden. Am Ärgsten wurde die Anlage der Elektrischen Fabrik verwüstet, wo die Gebäude, Lagerräume und Bürogebäude einen Schaden von 75%, die Einrichtungen einen solchen von 60% erlitten. Weitaus geringer war der Schaden in der Schiffswerft und im Budaer Stammwerk, wo sowohl die Gebäude, wie auch die Einrichtungen zu etwa 10% beschädigt wurden. Der Umfang des Schadens der Waggon- und Maschinenfabrik in der Kőbányai út — die den Gegenstand unserer Studie darstellt — lag zwischen diesen beiden Extremen. Auf dem Gebiet der Waggonerzeugung erlitten die Gebäude infolge der Bombenangriffe und Kämpfe einen Schaden von 30%, die Einrichtungen einen solchen von 20%. Relativ geringer war der Schaden in der Metallurgie, wo er in Gebäuden 20%, bei Einrichtungen 10% betrug. Dagegen war die Verwüstung auf dem Gebiet des Maschinenbaues wesentlich ärger, wo sowohl die Gebäude wie die Einrichtungen einen Schaden von 55% erlitten haben. Die Lager, Büros usw. wurden zu 70% beschädigt.¹⁷ Der im Prozentsatz ausgedrückte Schaden verteilte sich auf die einzelnen technologischen Gebiete ungleichmässig. In der Metallurgie erlitten z. B. Schmiedewerkstatt und Eisengiesserei einen unwesentlichen Schaden, dagegen war die Zerstörung in der Stahlgießerei, und ganz besonders in der Stahlguss-Reinigungsabteilung um vieles ärger. Die Stahlguss-Reinigungsabteilung wurde zum Grossteil noch im Laufe der Bombenangriffe des Jahres 1944 schwer beschä-

digt. Im Martin-Werk erlitten wohl die Clemens-Martin Öfen keinen Schaden, doch konnten sie in Ermangelung von Chamotte-Ziegeln weder bei Inbetriebsetzung des Werkes, noch im Laufe des ganzen Jahres 1945 benützt werden.

Die Beschädigung der Maschinenfabrik zu 55% hiess, dass 251 Werkzeugmaschinen zerstört und 244 Stück beschädigt wurden. Zerstört wurden die Werkstatt für Zahnradbearbeitung, die Motorenwerkstatt, die kleine Maschinenbau-Werkstatt, die Mühlenwerkstatt, die Holzbearbeitungswerkstatt, die Tankmontage, die Werkstatt für Index-Automaten der Zählerfabrik und die Lehrwerkstatt. Ausser diesen Erzeugungswerkstätten wurden das grosse Eisenlager, das Öllager, das Direktionsgebäude, das Bürogebäude der Maschinenbauleitung, das Waggonkonstruktions- und Verkaufsgebäude und das metallographische Laboratorium sozusagen vollständig vernichtet. Die Zerstörung dieser Gebäude bedeutete natürlich auch die Vernichtung der im Laufe des Jahres 1944 nicht ausgelieferten Plandokumentationen, der Betriebsunterlagen und sonstiger Schriften. Infolge von Einschüssen und Bombentreffern erlitten auch die übrigen, hier nicht besonders genannten Fabrikgebäude zahlreiche, mehr oder minder schwere Schäden.¹⁸ Gemäss des zusammenfassenden Berichtes des Betriebsausschusses der Waggonfabrik vom Ende 1945 hatte das Werk in Geld – im Wert des Pengös vom Jahre 1944 ausgedrückt – einen Gesamtschaden von 58 Millionen 400 Tausend Pengő zu verzeichnen.¹⁹

Die Anlage der Waggon- und Maschinenfabrik wurde am 10. Januar 1944 befreit, doch hielten die Kämpfe in der Umgebung der Fabrik noch Tage hindurch an, so dass man praktisch erst am 18. Januar an die Fabrik herankommen konnte.²⁰ Kálmán Pongrácz, Vorsitzender des Betriebsausschusses der Waggonfabrik, sagt in einem anfangs 1946 verfassten Bericht, dass zuerst am 18. Januar jene Arbeiter und Angestellten in der Fabrik erschienen waren, die in der Nähe des Werkes wohnten und bereits befreit waren. Es gab aber auch solche, die 10–15 Km zu Fuss gingen, um zur Fabrik zu gelangen. Der Anblick war furchterlich. Auf dem Gebiet der Fabrik lagen Leichen von Soldaten verschiedener Nationen und von Zivilisten, sowie Pferdekadaver unbegraben herum. Ein Grossteil der Werkstätten lag in Trümmern, die Lager Räume ausgebrannt. Und in der Hauptstadt tobten noch die Kämpfe. Von den gewesenen Leitern der Fabrik waren im Augenblick nur einige Beamten zu sehen, die zusammen mit den Arbeitern in den Betrieb kamen.

Zuwarten durfte man aber nicht, der Wiederaufbau der Fabrik musste sofort in Angriff genommen werden, die Arbeiter brachten noch an diesem Tag, den 18. Januar, den Betriebsausschuss zustande, die Aufräumarbeiten, die Wiederherstellungsarbeiten wurden in Gang gebracht, für die Erledigung der Angelegenheiten der Fabriksarbeiter wurde gesorgt. (Der endgültige Betriebsausschuss der Fabrik wurde erst Anfang April, unter einigermassen schon konsolidierten Verhältnissen gewählt, bis dahin führte der am ersten Tag gebildete Betriebsausschuss die Geschäfte.) In den Betriebsausschuss wurden alte Kämpfer der Arbeiterbewegung gewählt, die nicht nur ideologisch geschult waren, sondern auch über gewisse Erfahrungen auf dem Gebiet der Organisationsarbeit verfügten, und ausserdem schon in der Lage waren an der Arbeit teilzunehmen. Aufgrund dieser Gesichtspunkte wurden folgende zu Mitgliedern des ersten Betriebsausschusses gewählt: Kálmán Pongrácz, Dreher, Ferenc Novotny, Dreher, Gyula Lakatos, Schlosser. Mitglieder der illegalen

Ungarischen Kommunistischen Partei, ferner István Kelemen, Schlosser und Károly Filkor, Schlosser, Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei.

Dieser Ausschuss hatte die Aufgabe den Arbeitern Mut einzuflößen, den Arbeitsbeginn und — nach Möglichkeit — die Versorgung der Arbeiter zu organisieren. Um in die Nähe der einzelnen Betriebsteile und Arbeitsräume gelangen zu können, mussten vor allem die menschlichen Leichen und tierischen Kadaver begraben, die Wege freigelegt werden. Dies war angesichts der Kälte, des gefrorenen Bodens, des herabgekommenen körperlichen Zustandes der Arbeiter, sowie der äusserst mangelhaften Bekleidung und Verköstigung eine ungemein schwierige Aufgabe. Hierzu kam noch, dass es selbst an der minimalsten hygienischen Versorgung mangelte.²¹ Die Arbeiter machten sich aber trotz all dieser Schwierigkeiten unverzüglich an die Arbeit und nach den notwendigsten ersten Schritten begann man mit der Beseitigung der Trümmer und der Bergung der verschütteten, aber noch brauchbaren Maschinen und Materialien. Da während der Kämpfe die Einfriedungsmauer der Fabrik an mehreren Stellen beschädigt wurde und die Fremden durch die entstandenen Lücken frei ein- und ausgingen und auf dem Gebiet der Fabrik die aus den Trümmern geborgenen, unersetzlichen Materialien zu plündern begannen, musste die Einfriedung ohne Verzug ausgebessert werden.²²

Kennzeichnend für das Tempo der Entfaltung der Wiederherstellungsarbeiten und der Einschaltung der Arbeiterschaft ist, dass der Stand am 23. Januar schon 786 Arbeiter und 224 Angestellten war, das sind 1/6 des Standes von 1944. In den ersten Tagen arbeiteten alle — auch die Facharbeiter und Beamten — an der Beseitigung der Trümmer und der Bergung von Material. Fast gleichzeitig damit wurden die ersten Fachgruppen zur Durchführung der nötigsten Wiederherstellungsarbeiten gebildet, so z. B. die zur Instandsetzung der elektrischen Leitungen, der Kommunikation und zur Inangriffnahme der Werkzeugmaschinenreparatur.²³ Arbeiten, die keine besonderen Fachkenntnisse erforderten, wie z. B. die Überdachung der Werkstätten, die Ausbesserung der Fenster und Büroräume, wurden von Arbeitern einer anderen Fachausbildung, oder ohne einer solchen, bzw. von Beamten durchgeführt. Nachdem das Werk über 1200 kg Rohöl verfügte, wurde schon am 21. Januar das 160 PS Luftschutz-Hilfsaggregat der Fabrik in Gang gesetzt. Infolgedessen war die Fabrik sozusagen von den ersten Tagen an mit einigem Strom versorgt. Vom Anfang Februar an erhielt die Fabrik — allerdings in sehr beschränkter Menge — auch schon vom Netz des Elektrizitätswerkes Strom.²⁴ Dank der raschen Instandsetzung hätte in einigen Abteilungen schon innerhalb kurzer Zeit die Produktion aufgenommen werden können, wenn Aufträge vorgelegen wären. Unter solchen Umständen eilte die sowjetische Militärkommandantur der Schiffswerft der Waggonfabrik zu Hilfe. Diese versah das Werk erstmalig mit Arbeit und von ihr erhielt es auch zugleich eine Lebensmittelhilfe, was hinsichtlich des weiteren Fortgangs von sehr grosser Bedeutung war.²⁵

Der Betriebsausschuss organisierte die Entrümmung und die Wiederherstellungsarbeiten, ein ernstes Problem verursachte jedoch die Entlohnung der Arbeiter und die Beschaffung gewisser grundlegender Lebensmittelmengen. Diesbezüglich konnte im Augenblick auch die sich neu organisierende Fabrikleitung keine Abhilfe schaffen. Aufgrund der Verfügung des Betriebsausschusses wandte sich die Leitung an die Ungarische Allgemeine Kreditbank um

Hilfe, jedoch ohne Erfolg, da die Bank erklärte, sie könne unter den gegebenen Umständen keinerlei Bargeld zur Verfügung stellen, und dies ihr in absehbarer Zeit auch nicht möglich sein werde. Daraufhin versuchte der Betriebsausschuss zwecks Lösung der brennendsten Arbeitslohnprobleme in der Weise Geld zu verschaffen, dass er — wie dies ein am 6. Februar im Amtsraum des Betriebsausschusses, in Gegenwart von Károly Filkor, István Kelemen, Gyula Keresztesi, Ferenc Novotny und Kálmán Pongrácz, als Mitglieder des Betriebsausschusses, sowie von Dr. József Fésüs, Dr. Ferenc Raj und Imre Rédei d. J., als Angestellte der Fabrikanlage, aufgenommenes Protokoll bezeugt — beschloss, die drei Geldschränke im Panzerraum des in Trümmer liegenden einstigen Direktionsgebäudes zu öffnen, deren Inhalt zu investieren und aus den dort befindlichen eventuellen Geldmitteln die Arbeiter und Angestellten zu entlohnen.²⁶ Das Protokoll ist unvollständig, es geht aus demselben nicht hervor, ob der Geldmangel einigermaßen gelindert werden konnte, wahrscheinlich aber nicht, denn andere Angaben beweisen, dass die Fabrikskasse leer war, nachdem sie die Faschisten ausplünderten, und der Betriebsausschuss war nicht in der Lage die Arbeiter zu entlohnen.²⁷ Trotzdem arbeiteten sie sechs Wochen hindurch ohne Geld, weil sie wussten, dass ohne ihrer Arbeit kein Ausweg aus der katastrophalen Lage zu finden sei,²⁸ und am 10. Februar konnte der Vorsitzende des Betriebsausschusses dem Vorstand des X. Stadtbezirkes schon melden, dass in der neuerlich in Betrieb gesetzten Fabrik bereits 1369 Arbeiter im Wochenlohn und 401 Angestellte im Monatslohn arbeiten.²⁹

Gleichzeitig mit der Arbeitsaufnahme organisierte der Betriebsausschuss aus den Reihen der Werkstätigen auch eine Fabrikswache, deren Aufgabe es war, das Werk, dessen Einrichtung und das unersetzliche Material zu beschützen und den Einkaufsgruppen, die inmitten der wirren Verhältnisse unter unerhörten Schwierigkeiten bestrebt waren ihren, an dem Wiederaufbau tätigen Mitarbeitern in der Provinz etwas Nahrung zu beschaffen, Schutz zu gewähren.³⁰

Die Fabrik, die zu jener Zeit noch grösstenteils unter der Leitung des Betriebsausschusses arbeitete,³¹ konnte in Unkenntnis der ferneren politischen, wirtschaftlichen Zielsetzungen und Möglichkeiten naturgemäss keinen detaillierten Perspektivplan ausarbeiten. Neben der Wiederherstellung wurde aber von Anfang an für die sowjetische Militärkommandantur gearbeitet. Auf Anweisung des Militärkommandanten Leutnant Machanowski wurden Kraftfahrzeuge und Waggons repariert, Waggons umgebaut usw.³² Obwohl unter den gegebenen Verhältnissen ein detaillierter Perspektivplan nicht ausgearbeitet werden konnte, haben die Arbeiter und Angestellten, die die Inbetriebsetzung des Werkes organisierten, die Perspektive des weiteren Fortganges richtig umrissen. Das Werk wurde am 28. Januar von einer sowjetischen Kommission aufgesucht, die am 30. Januar Angaben über das Werk und dessen Produktionsplan verlangte. Der vom 31. Januar datierte Bericht bezeichnete als primäre Aufgabe den Wiederaufbau der am ärgsten zerstörten Abteilung, des Maschinenbaues, wo zuvor mit der Ausbesserung der beschädigten Werkzeugmaschinen bereits begonnen wurde. Die andere Zielsetzung war die frühere Kapazität der Normalerzeugnisse in einem von den Möglichkeiten erlaubten Tempo stufenweise wieder zu erreichen. Der Bericht weist auch darauf hin, dass die Erzeugung von Panzern und deren Bestandteilen zukünftig nicht

beabsichtigt wird. Interessanterweise waren diesbezüglich nicht die aus der militärischen Lage gezogenen Folgerungen, sondern vor allem wirtschaftliche Überlegungen entscheidend. Man verwies darauf, dass das Werk auf Panzererzeugung nicht eingerichtet war und die Spezialmaschinen nicht entsprechend ausgenützt werden konnten, weil die diese bedienenden Universalmaschinen von der Panzerwagen-Erzeugung beansprucht wurden. Die Folge dessen war, dass das Werk weder bei der Erzeugung von Panzerwagen, noch bei der von Normalprodukten ein rationales Ergebnis erzielen konnte. Im weiteren Verlauf, als das neu errichtete Kriegsministerium in Bezug auf die früheren Aufträge des Kriegsministeriums Aufklärung verlangte, wies die Note der Fabrikleitung, die im Einvernehmen mit dem Betriebsausschuss abgesandt wurde, die Herstellung der erwähnten Artikel, wie Panzerwagen, Panzernester, Bombenzünder nicht mehr zurück, falls die hierzu nötigen Voraussetzungen gesichert werden können.³³ Spätere Angaben weisen aber nicht darauf hin, dass die Erzeugung von Kriegsmaterial fortgesetzt worden wäre.

Der für die Sowjetkommission abgefasste Bericht und Produktionsentwurf stellte vor allem die herkömmlichen Produkte in den Vordergrund, zu deren Erzeugung die nötigen Fachleute, Einrichtungen und Erfahrungen vorhanden waren. Solche Produkte waren die verschiedensten Arten von Motortriebwagen, Eisenbahn-Güter- und Personenwagen, Dieselmotoren, Wasserpumpen und Turbinen, Reduktionsgetrieben, Zerkleinerungs- und Kühlmaschinen. Der Zeitpunkt, zu dem die einzelnen Produkte erzeugt werden können, wurde davon abhängig gemacht, wie sich die Materialversorgung, die Kooperation mit den anderwärts befindlichen Fabriksanlagen und das Tempo der Wiederherstellung gestaltet, ferner ob die bisherigen Artikel erzeugt werden können, oder ob das Werk mit der Herstellung neuer Produkte beauftragt wird. Im letzteren Fall wurde es für erforderlich erachtet, dass dem Werk die nötige Dokumentation zur Verfügung gestellt wird. Der Bericht des Betriebsausschusses betonte, dass mit Rücksicht auf die Inbetriebsetzung der Fabrik bezüglich aller genannter Erzeugnisse vor allem die Reparaturarbeiten in den Vordergrund gestellt werden mussten, da hierzu die Bedingungen günstiger waren, als zur Erzeugung neuer Produkte. Auf dem Gebiet der Waggonfabrikation wurde es für richtig erachtet, die Arbeit mit der Ausbesserung von Waggons und der Beendigung einzelner bereits begonnener Arbeiten (Güterwaggons usw.) zu beginnen, sodann laut Plan auf die sich stetig erweiternde Reparatur von eingesandten Güterwagen überzugehen, dem sich das im Bericht als Eventualität vorgeschlagene und umrissene Produktionsprogramm anschliesen würde. Der Bericht knüpfte die Realisierung des Planes an die Sicherstellung mehrerer Bedingungen. Solche waren: es möge ein definitiver Militärkommandant ernannt werden; die Angestellten und Arbeiter mögen mit Legitimationen versehen werden, da es wiederholt vorkam, dass sie nicht an ihrem Arbeitsplatz erscheinen konnten, weil sie für andere Arbeiten in Anspruch genommen wurden; die Lösung der Verköstigungsfrage, da diesbezüglich Betriebsausschuss und Fabrikleitung im gegebenen Augenblick noch keinen Wandel schaffen konnten. Als wichtige Bedingungen wurden die Versorgung mit primären Betriebsstoffen (Kohle, Öl, Werkzeugstahl, Giessereimaterial usw.), die Rückerstattung der Werkzeugmaschinen und Materialien, die vor den Bombenangriffen ausserhalb der Fabrik in Sicherheit gebracht

wurden, sowie die Verhinderung des Verschleppens von Werkstoffen genannt, wozu die Entsendung einer entsprechend starken militärischen Wache beantragt wurde.³⁴ Die in dem Entwurf enthaltenen Aufgaben wurden später nicht, oder in der Mehrzahl in anderer Form verwirklicht. Die folgenden Monate änderten nämlich in bedeutendem Mass die Aufgaben des Werkes und des Arbeiterkollektivs, und steigerten jene wesentlich. Immerhin ist der Entwurf ein Beweis, dass sich die Arbeiter des Werkes auch in den schweren Tagen der Inbetriebsetzung im vollen Verantwortungsbewusstsein mit der fernerer Perspektive der Produktionsförderung des Werkes befassten.

Am 6. Februar 1945 besuchte der Beauftragte des zu den Ungarischen Staatsbahnen delegierten Sowjetkommandanten, Oberstleutnant Stukmann, den Betrieb. Oberstleutnant Stukmann besichtigte die Betriebe der Fabrik, gab seiner Befriedigung bezüglich der verrichteten Wiederherstellungs- und Vorbereitungsarbeiten Ausdruck und umriss als weitere Tätigkeit der Fabrik in der nächsten Zukunft folgende Aufgaben: angesichts dessen, dass sich auf den verschiedenen Stationen sehr viele reparaturbedürftige Waggons befinden, deren Transport in das Werk, namentlich von den entfernteren Bahnhöfen, mit grossen Schwierigkeiten verbunden wäre, hielt er ausser den im Werk durchgeführten Reparaturarbeiten auch die Organisierung von 1 bis 2 Reparaturzügen für angebracht. Seinem Vorschlag entsprechend mussten diese Reparaturzüge, die über ihre eigene Stationszentrale hinausgehend mit den notwendigsten Bearbeitungsmaschinen, sowie mit Waggons für die Unterbringung der Arbeiter auszustatten waren, an solche Stationen geschickt werden, wo sich mehrere reparaturbedürftige Waggons befanden. Er forderte den Betriebsausschuss auf, in bezug auf die Bereitstellung solcher fahrbarer Reparaturwerkstätten in Berücksichtigung dessen einen Vorschlag auszuarbeiten, dass das gesamte Personal dieser Werkstätten, die technischen Leiter ebenso wie die Arbeiter, von der Fabrik zur Verfügung gestellt werden müssten. Oberstleutnant Stukmann teilte auch mit, dass die Sowjetkommandantur der ungarischen Eisenbahnen eine auf ein Strassenfahrzeug montierte Diesel-elektrische Zentrale mit einer Kapazität von 30–50 kW benötigen würde. Er ersuchte den Betriebsausschuss sich mit der Herstellung einer solchen Zentrale als Sofortaufgabe zu beschäftigen und über die Möglichkeiten Meldung zu erstatten. Ausserdem erkundigte er sich auch, wie der Betrieb sich an der Erzeugung von Lokomotiv- und Waggonbestandteilen, die zu den Reparaturen in grossen Mengen benötigt werden, beteiligen könnte. Als Voraussetzung für die Durchführung dieser Arbeiten nannte der Betriebsausschuss die gleichen Bedingungen, die er auch in seinem Brief an die Sowjetkommission als solche bezeichnet hat. Der Oberstleutnant beurteilte die Bedingungen für begründet und setzte in bezug auf die Ansuchen rasche Massnahmen in Aussicht. Leutnant Machanowski teilte dem Betriebsausschuss noch am Nachmittag des gleichen Tages mit, er werde die Verfügungen des Oberstleutnants im Zusammenhang mit den oben erwähnten Arbeiten den betreffenden Ingenieuren und Betriebsleitern noch im Laufe des Tages bekannt geben. Am nächsten Morgen begann man auch mit der Reparatur der auf dem Fabriksareal auffindbaren sämtlicher gedeckter Güterwagen, um dies zum Zweck der fahrbaren Werkstätten bereitzustellen.³⁵

Wie ersichtlich, waren die Kraftanstrengungen des Betriebsausschusses

nicht vergebens. Die Arbeit entfaltete sich im wachsenden Umfang. Aus dem Bericht, den der Betriebsausschuss an die Gewerkschaft der Eisenarbeiter sandte, geht hervor, dass nach der Betriebsaufnahme nicht nur die vier Schiebebühnen der Fabrik, mit deren Hilfe die Eisenbahnwagen aus der Werkstatt zum Eingangsgleis befördert werden konnten, instand gesetzt wurden, sondern auch 32 elektrisch und 20 manuell betriebene Kräne, 2 Verschiebelokomotiven mit Rohölmotoren und 1 solche mit Benzinmotor. Die eine rohölbetriebene Lokomotive wurde für Transportzwecke leihweise dem Regierungskommissariat für Versorgungswesen überlassen. Ausserdem wurde auch ein rohölbetriebener Lastkraftwagen, ein Elektrokarren und ein elektrischer Aufzug in brauchbaren Zustand gebracht.³⁶

All diese Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten förderten die Ausführung der unmittelbaren, in der Hauptsache von der sowjetischen Militärkommandantur erhaltenen Aufträge auf die Reparatur und Umgestaltung von Kraftfahrzeugen und Waggons, doch die grundlegende Zielsetzung des Werkes war schon zu jener Zeit die Vorbedingungen für die zukünftige Produktionstätigkeit zu schaffen. Diese Arbeit wurde selbst dadurch nicht gehindert, dass niemand genau wusste, wie sich die Zukunft der Fabrik gestalten wird, welche Aufgaben ihr zugeteilt werden. Darauf verweist auch jener Teil des Schlussberichtes des Betriebsausschusses vom Jahr 1945, in dem betont wird, wie richtig es gewesen sei, sich in tunlichst raschem Tempo auf die perspektivischen Aufgaben vorzubereiten, denn die hochgestellte Sowjetkommission, die im Februar—März das Werk besuchte, habe demzufolge in bezug auf die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten der Fabrik günstige Eindrücke gewonnen, die Lebensfähigkeit des Werkes als bestätigt befunden, und diesem Umstand sei es zu verdanken, dass sie sich zur Einbeziehung der Fabrik in die Wiedergutmachungsarbeiten entschlossen hat.³⁷ Dieser Beschluss verlieh der im Werk geleisteten Arbeit eine klare Perspektive und eliminierte einen der wesentlichsten störenden Faktoren. Obwohl der Umfang der dem Werk zugeteilten Wiedergutmachungsarbeiten erst nach Monaten bekannt wurde, bildete von diesem Zeitpunkt an die Vorbereitung auf diese Aufgabe die grundlegende Zielsetzung, wobei natürlich auch die bisher verrichtete Arbeit fortgesetzt wurde.

Man hatte aber auch weiterhin mit ernststen Schwierigkeiten zu kämpfen. Hiervon sei vor allem erwähnt, dass es an einer entsprechenden Zahl entsprechend qualifizierter Arbeiter mangelte. Der Arbeiterstand nahm anfangs rasch zu und erreichte Mitte Februar schon 2000 Kopf. Das Werk vermochte aber nur wenig zahlen, und auch dies in der Regel nur mit einer Verspätung von mehreren Wochen, die Versorgung mit Naturalien war minimal. Ein Teil der bereits in der Fabrik erschienenen Arbeiter begann sich abzubröckeln, teils gingen sie in andere Betriebe, in denen die Verwüstung nicht so arg war und deshalb mit relativ geringeren Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, teils suchten sie sich eine andere Beschäftigung. Die Zahl der Arbeiter sank rasch auf 1600 herab. Der Stand begann erst nach Abschluss des Kollektivvertrages neuerlich anzusteigen, als der Betrieb wieder zu Geld kam.³⁸ Um die Abwanderung der Arbeiter zu verhindern legte der Betriebsausschuss ein besonderes Gewicht auf die Organisierung der Verpflegung. Schon von Beginn an wurden solche Artikel erzeugt, für die Lebensmittel zu bekommen

waren, und dies wurde während des ganzen Jahres im steigenden Tempo fortgesetzt. Es wurden Walzenstühle und in kleineren Mengen landwirtschaftliche Gegenstände aus Eisen hergestellt, und als neuer Artikel wurde auch die Erzeugung von Ölpresen aufgenommen. Dass die Ölversorgung des Unternehmens gesichert werden konnte ist in erster Reihe diesem Umstand zu verdanken.³⁹ Alldies beanspruchte natürlich nur einen unbedeutenden Teil der Werkskapazität, doch spielte es eine grosse Rolle in der Unterstützung der Werkstätigen mit Lebensmitteln, und neben vielen anderen Massnahmen des Betriebsausschusses, die anderen Charakter hatten, trug auch dieser Umstand sehr wesentlich zur erfolgreichen Durchführung der Instandsetzungsarbeiten bei.

Der Betriebsausschuss und das Netz der Vertrauensmänner versahen neben den Wirtschaftsaufgaben der Organisierung und Leitung der Instandsetzungsarbeiten, der beginnenden Produktion, sowie der Versorgung auch unmittelbar politische Funktionen. Sie säuberten das Werk von den sich zurückschleichenden reaktionären und arbeiterfeindlichen Elementen. Am 15. Februar teilte z. B. der Werkstätten-Obervertrauensmann János Fehér dem Betriebsausschuss brieflich mit, die Vertrauensmänner der Waggonabteilung hätten eine ausserordentliche Besprechung abgehalten, in der einstimmig der Beschluss gefasst wurde, im Interesse der Sicherung der Arbeitskontinuität zu beantragen, dass die Werkmeister István Földi und Ferenc Kovács, ferner der stellvertretende Werkmeister Gyula Dózsa aus dem Arbeitskollektiv ausgeschlossen, bzw. entfernt werden. Der Beschluss wurde damit begründet, dass die genannten Werkmeister sich im verfloranten Regime herausfordernd, als Treiber benommen und beim Ausbau des Spitzelsystems – in dem sie selbst mitwirkten – behilflich waren.⁴⁰ Gleichfalls die Körperschaft der Vertrauensmänner der Waggonabteilung fasste am 29. März den einhelligen Beschluss, den sie brieflich dem Betriebsausschuss bekannt gab. Mit diesem Beschluss, den der Obervertrauensmann und 14 Vertrauensmänner unterschrieben hatten, wurde dem Betriebsausschuss vorgeschlagen Direktor Ödön Deér, Prokurist Károly Juhász, Oberinspektor Lajos Mesterics, Oberingenieur Gyula Schubert und Oberwerkmeister István Földi aus der Fabrik mit sofortiger Gültigkeit zu entfernen und die Torwarte anzuweisen, den Genannten den Eintritt in die Fabrik zu verweigern. Auf dem Vorschlag vermerkte der Vorsitzende des Betriebsausschusses, dass den Genannten die Legitimationen und Armbinden abzunehmen und sie selbst aus dem Werk zu entfernen seien. Beigeschlossen ist die der Personalabteilung erteilte Anweisung, wonach diese im Sinne des Beschlusses die nötigen Vorkehrungen treffen möge.⁴¹

In der Anfangsperiode unternahm der Betriebsausschuss viele solche Schritte und führte im Interesse dessen, dass die Fabrik von den unerwünschten Elementen, den reaktionären und arbeiterfeindlichen Leitern, den gewesenen Pfeilkreuzlern und Denunzianten gesäubert werde, zahlreiche ähnliche Beschlüsse durch.

Auf eine Tätigkeit anderen Charakters des Betriebsausschusses weist jener Brief hin, den er am 1. März 1945 an den Vorsitzenden des Zentralrates der Gewerkschaften (SZOT) sandte und in dem dieser ersucht wird, er möge es erwirken, dass der Betriebsausschuss vom Stadtkommandanten Generalmajor Tschernisow empfangen werde. Bei der Kommandantur wollten sie erreichen,

dass sie ihnen dabei behilflich sei, die vor den Bombenangriffen aus der Fabrik an verschiedene Orte, vor allem nach Budafok gebrachten Werkzeugmaschinen dem Betrieb zurück zu verschaffen. Diese Maschinen blieben nämlich unbewacht, durchziehende militärische Formationen verwandten sie nicht selten für eigene Zwecke und nahmen sie beim Abmarsch häufig mit sich. Da es sich in vielen Fällen um unersetzbare Maschinen handelte, hinderte deren Mangel die restlose Durchführung der Arbeiten für die Kommandanturen der Sowjetarmee. Auch wurde mit diesen Maschinen bei Herstellung der vorläufigen Pläne bezüglich der Vorbereitung auf die Wiedergutmachungsarbeiten gerechnet.⁵² Auch Angaben aus der späteren Zeit zeugen davon, welchen Kampf der Betriebsausschuss für das Ausforschen und Zurückverschaffen jener Maschinen und Materialien führte, die in andere Betriebe gelangten und die dann die Leiter dieser Betriebe — in Ausnützung der zerfahrenen Verhältnisse — sich anzueignen und für eigene Zwecke zu verwenden trachteten.

Im März 1945, als die Instandsetzung und die Vorbereitung auf die Wiedergutmachungsarbeiten schon im vollen Gange waren, trat in der Lage der Fabrik, und im Zusammenhang damit auch in jener des Betriebsausschusses, eine bedeutende Änderung ein. Am 15. März besuchte Oberstleutnant Stukmann die Fabrik und teilte in Gegenwart des Militärkommandanten mit, dass seines Wissens zwischen der ungarischen Regierung und den sowjetischen Militärbehörden ein Abkommen zustande gekommen sei, laut welchem alle Industriebetriebe, in denen ein sowjetischer Militärkommandant eingesetzt ist, der Kontrolle der ungarischen Regierung unterstellt, bzw. den vormaligen Besitzern übergeben werden, — was in den allernächsten Tagen erfolgen soll. In der Fabrik verbleibe nur eine Wache und die Leitung werde der Fabrikleitung übertragen.⁵³ Dies bedeutete nicht bloss die Auflösung der Militärkommandantur, sondern auch eine wesentliche Wandlung in der Stellung des Betriebsausschusses, der bisher neben dem Militärkommandanten eigentlich die Funktion eines Organs der Arbeiterautonomie versah, und als soches neben Erledigung von Angelegenheiten der Arbeiterschaft die Instandsetzungsarbeiten organisierte, diese dem Wesen nach lenkte, und in dieser ausserordentlich schweren Anfangsperiode, die von fast unüberwindbaren Schwierigkeiten voll war, die Tätigkeit des ganzen Werkes leitete.

Der Betriebsausschuss hat damit freilich den Wirkungskreis, den die Regierung in ihrer ersten Verordnung in bezug auf die Betriebsausschüsse festlegte, in bedeutendem Mass überschritten. Diese Verordnung des Industrieministers Zahl 50 100/1945. Ip. M. vom 15. Februar räumte nämlich den Betriebsausschüssen nicht das Recht der Fabrikleitung, sondern das der Mitbestimmung und der Kontrolle ein. Der Wirkungskreis der Betriebsausschüsse erstreckte sich demnach auf sämtliche Fragen der Arbeitsverhältnisse in dem betreffenden Betrieb, nämlich auf den Arbeitslohn, die Arbeits- und Urlaubszeit, das Geltendmachen der aus dem Arbeitsverhältnis folgenden Rechte der Angestellten, die gemeinsamen wirtschaftlichen und Wohlfahrtsinteressen, besonders auf den Familienschutz, die Betriebssicherheits- und hygienischen Einrichtungen, die kulturellen und Wohlfahrtsinstitutionen, auf die Unfallverhütung, die Behandlungsweise der Angestellten, die Disziplinarangelegenheiten der Angestellten, die friedliche Schlichtung der Arbeitstreitig-

keiten sowie auf die Gesamtfragen der Arbeitsordnung und Arbeitsdisziplin. Im Interesse dessen, dass der Betriebsausschuss zur Förderung der besseren und wirtschaftlicheren Produktion mit seinen Vorschlägen beitragen könne, verfügte die Verordnung auch, dass „die Arbeitgeber verpflichtet sind dem Betriebsausschuss vierteljährlich einen genauen Bericht in bezug auf die Lage des Unternehmens, den Geschäftsgang und die zu erwartende Gestaltung des Arbeitsmarktes vorzulegen.“ In Betrieben, die mehr als 200 Arbeiter beschäftigen, „ist der Betriebsausschuss berechtigt in den gesamten Geschäftsgang Einsicht zu nehmen, hat also auch das Recht die Geschäftsbücher von Experten überprüfen zu lassen“. Die Ausschüsse wurden auch ermächtigt den Direktionssitzungen mit beratender Stimme beizuwohnen, durften aber die Firma nach Aussen hin nicht vertreten. Die Verordnung dehnte den Wirkungskreis der Ausschüsse auf „die Säuberung der Betriebe von den Faschisten, sowie auf die Entfernung von Personen, die an der Beschädigung des Betriebes teilgenommen hatten“, aus.⁴⁴

Diese Verordnung hat also das Kontrollrecht der Betriebsausschüsse über die kapitalistische Produktion und Verteilung anerkannt und bestätigt. Durch diese Tatsache erhielten die Arbeiter das legale Recht an dem wirtschaftlichen und politischen Leben des Unternehmens – im Einklang mit der sich vollziehenden demokratischen Umgestaltung – aktiv teilzunehmen. Auch der Anspruch dieser Verordnung, die eine Wandlung revolutionären Charakters in sich einschloss, war richtig, die häufig auf eigenen Vorstellungen beruhende Tätigkeit der Betriebsausschüsse zu vereinheitlichen und im Interesse einer raschen Durchführung des Wiederaufbaues einen annehmbaren Rahmen für die unter geänderten Verhältnissen erfolgende Zusammenarbeit zwischen Kapitalisten und Arbeitern zu schaffen. Diese Verordnung war aber der Ausgangspunkt eines politischen Kampfes von langer Dauer, weil die Kapitalisten die dem Betriebsausschuss eingeräumten Rechte für zuviel, die Arbeiter hingegen für zuwenig erachteten. Tatsache ist, dass die in der Verordnung zugestandenen Rechte hinter den perspektivischen Vorstellungen, ja in vielen Fällen auch hinter der bisherigen Praxis zurückblieben, wie dies im Fall der Ganz A. G. klar ersichtlich ist.

Die Tatsache, dass der Betriebsausschuss in der ersten Periode die Funktion der Betriebsleitung übernommen hat, ergab sich im Fall der Waggonfabrik Ganz aus zwei Umständen. Teils daraus, dass in der Fabrik eine sowjetische Militärkommandantur wirkte und der Betrieb erst im März in die Hände der alten Besitzer gelang, teils aber daraus, dass sie sich – in Ermangelung einer zentralen Richtlinie – ähnlich anderen Betriebsausschüssen, notgedrungen eine solche Position erkämpfte.

Als sich im März die Lage änderte und die Betriebsleitung ihre Tätigkeit wieder aufnahm, bestimmten den Rahmen der Tätigkeit auch in der Waggonfabrik Ganz die Verordnung vom Februar und nachher die zweite Grundverordnung im Zusammenhang mit den Betriebsausschüssen, Zahl 55 000/1945. Ip. M. vom 5. Juni 1945. Diese letztere Verordnung war besonders für die Betriebsausschüsse kleinerer Fabriken von Bedeutung. Im Fall des Betriebsausschusses der Waggonfabrik Ganz, als eines Grossbetriebes bedeutete sie ausser den Wahlvorschriften nur insofern eine wesentliche Änderung, dass sie nebst der bisherigen Berichterstattungsverpflichtung auch die Vorlage sämt-

licher Schriften vorschrieb, und damit den Wirkungskreis des Betriebsausschusses namhaft ausdehnte. Dadurch hingegen, dass die Rechtfertigungsausschüsse und die Gerichte ihre Tätigkeit aufnahmen, wurde die Säuberung der Betriebe von den Faschisten dem Wirkungskreis der Betriebsausschüsse entzogen.⁴⁵

Wie opferwillig und mit welchem Verantwortungsbewusstsein der Betriebsausschuss in der ersten, im März abgeschossenen Periode die Geschäfte des Betriebs führte, ist kennzeichnend, dass selbst der stellvertretende Generaldirektor Fürst Károly Odeschalehi sich veranlasst fühlte in seiner Erklärung vom 10. August 1945 — als sich im Lande die politischen Auseinandersetzungen schon arg zugespitzt hatten — sich über die Tätigkeit des Betriebsausschusses mit voller Anerkennung zu äussern. „... Der Kampf um Budapest dauerte noch, als unsere Mitarbeiter, die jetzt den Betriebsausschuss bilden, sowie die leitenden Beamten unseres Unternehmens, die sich in Pest aufhielten, auf unserer befreiten Industrieanlage erschienen. Es ist ihr Verdienst, dass sie unsere verlassene und vom Krieg arg mitgenommene Fabrikanlage in ihre Obhut genommen und trotz aller Schwierigkeiten die nötigen Massnahmen zur Inbetriebsetzung des Werkes getroffen haben“.

Das Gewicht dieser Arbeit kann nur der ermessen, der dies oder ähnliches aus der Nähe beobachten konnte.

Mit dieser Arbeit hat sich der neugebildete Betriebsausschuss sehr grosse Verdienste erworben. Vergessen wir nicht, dass diese Institution in unserer Industrie, ja in unserem Lande, vollauf neuartig ist. Jede neue Institution hat mit Anfangsschwierigkeiten zu kämpfen. Misstrauen, übermässige Forderungen auf der einen, Abneigung auf der anderen Seite. Zu alledem kommen noch zahlreiche sonstige Schwierigkeiten, die hier nicht besonders aufgezählt werden können. Ich will nur einige erwähnen, wie die leere Kassa, die Notstandsarbeiten, die fremde militärische Besetzung, Ernährungsschwierigkeiten und der gänzliche Mangel an Transportmitteln.

Als ich in die Fabrik herüberkam, war ich überrascht, mit welcher Frische, mit welchem Eifer und mit welchem tiefen Glauben sich der Betriebsausschuss an die Lösung der Aufgaben heranmachte.⁴⁶

Wahl und Betätigung des Betriebsausschusses

Der in den ersten Tagen spontan gebildete Betriebsausschuss betätigte sich in der Waggonfabrik ganz bis Anfang April 1945. Der definitive Betriebsausschuss, dessen Aufgabe unter geänderten Verhältnissen im Sinne der oben erwähnten Verordnungen die Arbeiterkontrolle des Betriebs und der Interessenschutz der Arbeiter war, wurde am 7. April 1945 gewählt. Mitglieder wurden: Kálmán Pongrácz, Ferenc Novotny, István Kelemen, Gyula Keresztesi, die von Beginn an Mitglieder der ersten Betriebsausschusses waren, ferner Lajos Aleva, József Kolosa, István Pinke, Sándor Hamuth, István Joó und Miklós Beczö. Zu Ersatzmitgliedern des Betriebsausschusses wurden gewählt: László Módos, Pál Füzi, Károly Filkor, Sándor Tóth, József Kiss, Géza Turi, Pál Barola, Sándor Sebestyén und Lajos Szóke.⁴⁷ Zum Vorsitzenden des Betriebsausschusses wurde Kálmán Pongrácz, zu dessen Stellvertreter István Kelemen gewählt. Dieser Betriebsausschuss wurde später noch ergänzt, indem am 12. Mai zwei

Beamten, Jenő Klimos und István Mihala, als ordentliche Mitglieder, die Beamten János Fehér und Mihály Parizek hingegen als Ersatzmitglieder in den Betriebsausschuss gewählt wurden.⁴⁸

Einen grossen Fortschritt auf dem Gebiet der Regelung des Verhältnisses zwischen Fabrikleitung und Arbeiterschaft bzw. Betriebsausschuss bedeutete der Abschluss des Kollektivvertrags, den im April die Freie Gewerkschaft der Eisen- und Metallarbeiter Ungarns und die Fachabteilung für Eisenindustrie und Maschinenbau des Landesverbandes der Industriellen unterschrieben. Einer der wichtigsten Punkte des Vertrags besagte, dass in der Fabrik alle Streitfragen gemeinsam mit dem Betriebsausschuss zu lösen seien. Der Vertrag setzte die Arbeitszeit mit 48 Stunden wöchentlich fest. Er bestimmte ferner, dass nach den geleisteten Überstunden ein Zuschlag zu bezahlen sei, und zwar nach den ersten zwei Stunden 25%, nach den folgenden zwei Stunden 50%, nach den weiteren Stunden aber 100% ausser dem Grundlohn. Für die an Sonn- und Feiertagen verrichtete Arbeit sei ebenfalls ein Lohnzuschlag von 100% zu bezahlen. Der Kollektivvertrag bestimmte auch die Arbeitslöhne. Die auf die Stundenlöhne bezüglichen Vorschriften des Vertrags erwiesen sich aber infolge der beginnenden Inflation sehr rasch als überholt. Die Lohnerhöhungen konnten den Preissteigerungen nicht die Waage halten, vom Schwarzen Markt gar nichts zu sprechen. Die zunehmende Geldentwertung erschwerte die Lage sehr wesentlich auch bei Ganz. Hierzu kam noch, dass sich der Durchschnittsverdienst auch in den einzelnen Werkstätten unterschiedlich gestaltete und in manchen Fabriken der Kollektivvertrag nicht eingehalten wurde.⁴⁹ So ist es durchaus verständlich, dass die Forderung nach einer beweglichen Lohnskala immer mehr an Boden gewann und zur politischen Frage wurde.⁵⁰ Die Inflation bedeutete besonders deshalb ein Problem, weil die Fabrik für das zweite Halbjahr genau bestimmte Aufgaben erhielt. Die ersten Aufträge in Verbindung mit den Wiedergutmachungslieferungen trafen nämlich im Juni ein und innerhalb eines Monats wurden sämtliche Aufträge für 1945 bekannt.⁵¹

Da die Ganz'schen Produkte einen bedeutenden Anteil der Artikel der Wiedergutmachungslieferungen darstellten, ist es naheliegend, dass die Inanspruchnahme der Ganz'schen Fabriken auch in Landesrelation sehr bedeutend war. Die Posten des Wiedergutmachungsprogramms vom Jahre 1945 verteilten sich auf die Grossunternehmen wie folgt: Rimamurány-Salgótarjánér Eisenwerke ca. 3 500 000 Dollar, Ganz und Comp. Elektrische, Maschinen-, Waggonfabrik und Schiffswert A. G. ca. 2 700 000 Dollar, Manfred Weiss Werke 2 400 000 Dollar, MÁVAG (Ungarische Staatliche Waggon- und Maschinenfabrik) 2 300 000 Dollar.⁵²

Im Falle der Waggonfabrik Ganz bedeutete dies folgende grössere Arbeiten: 1. Erzeugung von 125 St. breitspuriger, vierachsiger, offener Güterwagen zu 50 Tonnen, aufgrund von sowjetischen bzw. amerikanischen Zeichnungen, 2. Umarbeitung von 10 St. Diesel-Motorzügen der Erzeugung Ganz auf Breitspur, Ersatz, Reparatur, zum Teil Umarbeitung der zum grössten Teil vernichteten mechanischen Einrichtungen und sonstiger Bestandteile derselben, 3. Erzeugung von 280 Tonnen vorgeschruppter Achsen für elektrische Waggons, 4. 140 St. mit Elektromotoren zusammengebaute Zentrifugalpumpen, neue Konstruktion, Leistung 150 m³/Stunde, Hubhöhe 100 m, 5. 200 Tonnen (33 St.)

Eisenbahnweichen gemäss Norm der Ungarischen Staatsbahnen, 6. 15,7 Tonnen Kohlenstoffstahlgüsse, vorgeschruppt, nach sowjetischen Skizzen, 7. 25,5 Tonnen Molybdänstahlgüsse, vorgeschruppt, nach sowjetischen Skizzen.

Ausser diesen Arbeiten, die zur Gänze die Waggonfabrik Ganz auszuführen hatte, musste sie — gemäss der zwischen den Fabriken bestehenden Arbeitsteilung — auch bedeutende Arbeiten von den übrigen Fabriken übernehmen. So musste sie sich z.B. an der Demontage der bereits montierten Teile des Kraftwerkes und der Kohlenaufbereitungsanlage der Mátra-Gegend, sowie an der Vorbereitung derselben für die Wiedergutmachungslieferungen beteiligen. Ausserdem hatte sie noch die in der Fabrik befindlichen, restlichen Arbeiten zu beenden, bzw. hierbei mitzuwirken. Dazu gehörte die Erzeugung von 5 St. Portalkränen neuen Entwurfes, 1 St. Schwimmkran neuer Konstruktion zu 100 t, 2 St. 1200 Tonnen Dieselmotor-Schiffen, 15 000 St. Einphasen- und 1500 St. Dreiphasen-Stromzählern usw. Termin der Lieferungen per 1945 war der 20. Januar 1946.⁵³ Die Lösung dieser Aufgabe hätte auch aufgrund der vormaligen Produktionskennziffern eine bedeutende Kraftanstrengung erfordert. Unter den gegebenen Umständen waren aber die Schwierigkeiten noch wesentlich grösser und wurden dadurch noch gesteigert, dass die Fabrik — obwohl diese Aufträge im Mittelpunkt der Produktion standen — gezwungen war, sich auch mit sonstigen Aufgaben zu beschäftigen. Laut einer an die Fachabteilung für die Eisenindustrie und Maschinenbau des Landesverbandes der Industriellen gerichteten Notiz vom 26. Juni, betrug die Normalkapazität der Stahlgießerei 250–300 Tonnen, dagegen erreichte die Produktion zu jener Zeit nur 60 Tonnen. Die Leitung rechnete damit, dass die Leistung nach Instandsetzung des Stahlgussputzers und Fertigstellung der Kräne, was für das Jahresende zu erwarten war, 150 Tonnen erreichen könne. Nach Einstellung der fehlenden Maschinen und im Falle eines ausreichenden Arbeiterstandes hielt man eine monatliche Kapazität von 250–300 Tonnen für erreichbar. Dies hiess, dass weitere 370 Arbeiter eingestellt werden mussten, um den alten Stand von 500 Arbeitern zu erreichen. Auch im Zusammenhang mit Giesseireimaterialien entstanden Probleme. Gleichzeitig rechnete man damit, dass auch der 10 Tonnen-Martinofen fertiggestellt wird. Die Produktion der Eisen-giesserei der Waggonfabrik betrug statt 150 Tonnen nur 40 Tonnen und arbeitete mit 50, statt mit 220 Arbeitern. Die Kapazität der Schmiede- und Presswerkstatt erreichte statt 400 t nur 20 t, da es an Kohle und Heizöl mangelte und statt 300 Arbeitern nur 90 arbeiteten. Ausserdem wären 900–1000 t Kesselkohlen und 600–700 t Generatorkohlen nötig gewesen. Nachdem das chemische, mechanische und metallographische Laboratorium zerstört wurde, wäre die Erzeugung von Qualitätsmaterial nur möglich gewesen, falls das Materialprüfungslaboratorium chemische und metallographische Einrichtungen, das mechanische Laboratorium den notwendigsten Zugfestigkeitsprüfer, eine Brinell und Hockwell-Maschine erhält.⁵⁴

Laut der Notiz vom 31. August hätten die Ganz-Werke statt der 3000 Arbeitenden 4000 Arbeiter benötigt, und zwar 1300 Facharbeiter, 1300 angelernte Arbeiter und 1400 Hilfsarbeiter. Das Ministerium für Wiederaufbau sagte wohl die Delegation von 1000 Hilfsarbeitern zu Ganz innerhalb von 3–4 Wochen zu, doch mit der Bedingung, dass für deren Verköstigung der Betrieb sorgt, dies aber schien unlösbar zu sein.⁵⁵

An Hilfsarbeitern war der Mangel — wie dies aus einer Notiz vom 13. August hervorgeht — sehr gross. Das Maschinenhaus der Waggonfabrik war zu dieser Zeit in einer Höhe von 1 Meter mit Eisenblech, Sand und Pflastersteinen bedeckt. In den Maschinenwerkstätten lagen Unmengen von Bestandteilen, Güssen und halbfertigen Maschinen umher, die die Arbeit sehr stark behinderten. Auch die Sortierung der im niedergebrannten Zentrallager befindlichen Materialien wäre eine unerlässliche Vorbedingung für die Aufnahme der Wiedergutmachungsarbeiten gewesen. Es kam vor, dass das „Ausgraben“ eines Bestandteils Tage in Anspruch nahm, und diese Arbeit mussten — in Ermangelung von Tagelöhnern — Facharbeiter oder Werkmeister verrichten. Auch das Abschleppen der in den abgebrannten und eingestürzten Werkstätten befindlichen Maschinen in die provisorisch errichteten Maschinenreparaturhallen war noch ungelöst. Auf den Verkehrswegen des Fabrikgeländes und in den Höfen lagen überall Schutt, Trümmer und Altmaterial. Da das alte Direktionsgebäude niedergebrannt war, musste die Direktion in das Gebäude der Konstruktionsabteilungen übersiedeln, die kleine Räume hingegen, die den Konstruktionsabteilungen zugewiesen wurden, dienten als Lager von kleinen Bestandteilen usw. Dadurch, dass zum Verladen und Aufräumen Facharbeiter in Anspruch genommen werden mussten, verzögerten sich notgedrungen die Produktionsarbeiten und ausserdem zeigten sich auch auf dem Gebiet der Facharbeiter sehr ernste Probleme.⁵⁶ Zur gleichen Zeit, am 28. Juli, musste auch das Hüttenwerk stillgelegt werden, weil die gelieferten 100 t Kesselkohle und 40 t Generatorkohle nur für 5 Tage ausreichten und es auch an Koks, Zinn und Sand mangelte. Die zur Modellherstellung nötigen Normalmaschinen wurden aber entweder vernichtet oder beschädigt und die Zahl der Modelltischler sank auf ein Viertel des Normalstandes. Ein Teil der an kleine Meister vergebenen Arbeiten war fehlerhaft. Dazu gesellte sich noch, dass die Unterauftragnehmer, wie z.B. das Rimamurány-Salgótarjánér Eisenwerk usw., das nötige Material nicht rechtzeitig lieferten. Viele Schwierigkeiten verursachte auch die Beschaffung ausländischer Halbfabrikate und Einrichtungsgegenstände. Um Abhilfe zu schaffen, versuchte man mit der Tschechoslowakei und mit Rumänien einen Kontakt aufzunehmen, Generaldirektor der Ganz A. G. Jendrassik hingegen reiste nach Moskau, um Rohstoffe und sonstige Materialien für die Eisenindustrie und den Maschinenbau im Kompensationsweg zu beschaffen. Da sich die Betriebe und Lager an verschiedenen Stellen befanden, stiess auch der Transport auf Schwierigkeiten. Statt 14 Lastkraftwagen standen 4 zur Verfügung. Eine nennenswerte Erleichterung bedeutete auf diesem Gebiet die seitens der Sowjettruppen gebotene Hilfe.⁵⁷

Auch spätere Dokumente weisen auf die Schwierigkeiten hin, die den nötigen Gang der Produktion im bedeutenden Mass behinderten und verzögerten. Eine Notiz vom 8. September beklagt sich über den argen Kohlenmangel.⁵⁸ Der Kapazitätsbericht der Ganz A. G. vom 15. September aber stellte nicht nur fest, dass die Waggonfabrik nur 70% der Kapazität von Anfang 1944 erreicht habe — was übrigens in Anbetracht der Umstände als eine bedeutende Entwicklung zu bewerten ist —, dass dieser Prozentsatz in der Elektrischen Fabrik bloss 10% beträgt und in den Betrieben 3500 Arbeiter und 1000 Angestellte arbeiteten, statt 8400 Arbeitern und 2000 Angestellten, sondern auch, dass infolge der verspäteten Lieferungen des Rimamurány-Salgótarjánér

Eisenwerkes, sowie der Beschaffungsschwierigkeiten von Metallen und Kohle und des Mangels an wichtigen Produktionseinrichtungen der Arbeitsgang vielerorts auf Hindernisse stösst.⁵⁹ Ein Problem bedeutete unverändert die Beschaffung von Koks, schlesischer Kohle, Schamotteziegeln, Kistenholz, Isoliermaterial, Ferrolegierungen, Magnetstahl usw.⁶⁰ Der Betriebsausschuss sagt in seinem Bericht vom Jahre 1945 in bezug auf die Materiallage folgendes: von den benötigten 1500 Waggon Kohlen konnten wir 12,5% beschaffen, vom Koksbedarf in der Höhe von 130 Waggon standen uns 20% zur Verfügung. Statt 500 t Heizöl konnten nur 140 t beschafft werden und die Versorgung mit Walzeisen war minimal.⁶¹ Zu alledem wollen wir noch hinzufügen, dass der Betriebsausschuss in den Ministerien und bei den verschiedenen Organen sein ganzes Ansehen einsetzen musste, um eine Materialversorgung in dieser Masse zu sichern, wobei ausdrücklich bemerkt werden soll, dass er mit dieser Tätigkeit nicht den Interessen der Direktion, sondern jenen des Landes und des Volkes diene.

Daneben setzte der Betriebsausschuss alles daran um dem das ganze Jahr hindurch anhaltenden erdrückenden Arbeitermangel abzuhelpen. Es wurden die in Budapest wohnhaften, gewesenen Arbeiter aufgesucht, die sich im Werk noch nicht meldeten, und trachtete sie zu überreden, in die Fabrik zurückzukehren. Ein ansehnlicher Teil der Ganz'schen Arbeiter wohnte vor der Befreiung in den umliegenden Ortschaften, und da sich von diesen nur wenige meldeten, dass sie die Arbeit wieder aufnehmen wollen, wurden Arbeiter beauftragt in ihrem Wohnort, in den Gemeinden, die gewesenen Arbeiter der Ganz'schen Betriebe in die Fabrik zurückzurufen. Ein Teil dieser meldete sich auch fortlaufend zur Arbeit. Ausserdem trat der Betriebsausschuss mit den Nationalausschüssen von 64 solcher Gemeinden in Verbindung, aus denen einst viele in die Fabrik zur Arbeit kamen und ersuchte um deren Hilfe, die Arbeiter zu überreden, dringend, doch zumindest nach Beendigung der landwirtschaftlichen Arbeiten in die Fabrik zurückzukehren.⁶² An der Werbung nahmen auch einige Arbeiter teil, die hierzu vom Betriebsausschuss nicht beauftragt wurden, woraus — wie dies der Brief des Betriebsausschusses der Firma Hubert und Sigmund beweist — Meinungsverschiedenheiten entstanden sind.⁶³ Laut einem an den Industrieminister und den Innenminister am 24. September gerichteten Brief fehlten in der Waggonfabrik noch immer 2330, in der Schiffswerft 800, in der Elektrischen Fabrik 1200, im Stammwerk 70 Arbeiter.⁶⁴ Ende September brachte der Vorsitzende des Betriebsausschusses auch auf der Sitzung der Organisationskommission der Dreher und Maschinenarbeiter die Bitte vor, die überflüssigen Arbeiter in die Fabrik zu schicken, da die Ganz-Werke mehrere tausend Arbeiter beschäftigen könnten.⁶⁵ Ausserdem drang der Betriebsausschuss lange Zeit hindurch auf den Innenminister und den Zentralrat der Gewerkschaften ein die wiederholt versprochenen Arbeitsdienstpflichtigen — als Übergangslösung — in die Ganz-Werke zu delegieren.⁶⁶ Als Ergebnis der verschiedenen Kraftanstrengungen betrug der Personalstand der Waggonfabrik Mitte Oktober 3939 Kopf, hiervon 3299 Männer und 640 Frauen. 655 Beamten und 216 Lehrlinge sind in dieser Zahl inbegriffen.⁶⁷

Ausser dem Arbeitermangel musste der Betriebsausschuss auch mit den auf dem Gebiete der Arbeitsdisziplin zutagetretenden Problemen den Kampf aufnehmen. Wie dies die Dokumente bezeugen, wurden diesbezüglich im Mai

und Juni mehrere Massnahmen getroffen. An den gemeinsamen Versammlungen der Werkstätten war eines der Hauptthemen die Frage der Arbeitsdisziplin, ferner die Akzeptierung der Richtlinie, wonach nach Beendigung der Arbeitszeit Entrümmungsarbeiten gegen eine Entlohnung mit dem Hilfsarbeiter-Stundenlohn geleistet werden sollen.⁶⁸ Am 10. Mai beschloss der Betriebsausschuss einen Appell über die Arbeitsdisziplin zu erlassen und die Körperschaft der Vertrauensmänner einzuberufen um dieses Problem zu beraten und gegen jene Mitglieder der Körperschaft vorzugehen, die – um ihre Popularität zu wahren – ihren Verpflichtungen auf diesem Gebiet nicht nachgekommen sind.⁶⁹ In der Parteiversammlung der Fabriksorganisation der Ungarischen Kommunistischen Partei am 23. Mai wurde der Antrag eingebracht, „die Arbeiterschaft möge täglich mit einer Überstunde in der Form zum Wiederaufbau des Landes beitragen, dass die produktiv arbeitenden ihre Arbeit fortsetzen, jene hingegen, die nicht produktiv beschäftigt sind – die Beamten mitinbegriffen – zu den nötigen Aufräumarbeiten beordert werden. Und dies solle ohne Entgelt geschehen.“⁷⁰ Eine bedeutende Energie wurde dazu verwandt, dass sich gegenüber den nur zum Schein arbeitenden und den undisziplinierten Arbeitern ein abfälliges Verhalten ausgestalte. Auf Antrag des Parteikomitees für den VIII. Stadtbezirk wurde ein Enquete einberufen und am 7. Juni fand im Bezirk eine Stossarbeit statt. Aus der Sitzung des Parteivorstandes des VIII. Stadtbezirk vom 21. Juni ist ersichtlich, dass die Entwicklung doch nicht zufriedenstellend war, weshalb der Betriebsausschuss und auch die Kommunisten getadelt wurden. Ein Diskussionsteilnehmer behauptete, die Produktion hätte an manchen Orten um 30–60% gesteigert werden können.⁷¹

Nach der Sitzung des Parteikomitees wurden die Kraftanstrengungen zwecks Festigung der Arbeitsdisziplin gesteigert. Am 15. Juni 1945 erschien der Aufruf zum „Landeswettbewerb für den Wiederaufbau“, in dem sich der Gewerkschaftsrat an die Arbeiter, Bauern und an die Intelligenz wandte. Als Ziel des Wettbewerbs wurde die erfolgreichere Produktion und Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung bezeichnet.⁷² Dem Wettbewerb, der bis zum 1. Mai 1946 dauerte, schloss sich auch die Waggonfabrik an.

Der Betriebsausschuss erkannte es richtig, dass das Bestreben, an der Arbeitsmoral zu ändern, dazu, dass man an die Lösung der des Betriebs harrenden mächtigen Aufgaben zumindest mit der Hoffnung auf Erfolg herangehen könne, allein nicht genügt, man müsse vielmehr auch durch Verbesserung der Arbeitsmethode die Produktivität zu steigern trachten. Deshalb wandte sich der Betriebsausschuss gemeinsam mit der Direktion am 21. Juni in einem Aufruf an die Arbeiterschaft der Fabrik. In diesem wurde die Arbeiterschaft aufgefordert „nicht nur mit der manuellen Arbeit, sondern fallsweise auch mit Ideen zur Produktionssteigerung beizutragen“, nicht mit Plänen von Landesbedeutung, sondern jeder in seinem eigenen Wirkungskreis. „Wir denken hier in erster Reihe – ist in dem Aufruf zu lesen – an die Vervollkommnung von Fabrikationsverfahren und Arbeitsgängen. Wenn irgendein Industrieprodukt, oder nur ein Bestandteil desselben, in einer halb so kurzen Zeit hergestellt werden kann, wird ein und derselbe Arbeiter auf ein und derselben Arbeitsmaschine im gleichen Zeitraum doppelt soviel erzeugen, und wenn das überall erreicht werden könnte, würde der Wiederaufbau halb so

lange dauern und nachher würde sich der Wohlstand im zweifachen Tempo steigern." Die mit Ziffern versehenen anonymen Vorschläge — gibt der Aufruf bekannt — würden von Fachleuten und von Mitgliedern des Betriebsausschusses, als Vertretern der Arbeiterschaft, überprüft und die verwertbaren Vorschläge prämiert werden.⁷³ Dem Aufruf folgend wurde ein Wiederaufbau-Ausschuss gebildet, der gemäss der Sitzung des Betriebsausschusses vom 14. Juli die 20 besten der an den Waggonreparaturarbeiten beteiligten Arbeiter mit einer Prämie von 20 000 Pengő zu belohnen wünschte. Zwecks Zuerkennung der Prämie wurde eine Wettbewerbskommission gebildet, in die auch seitens des Betriebsausschusses ein Mitglied delegiert wurde.⁷⁴ Aufgrund einer Zuschrift des Gewerkschaftsrates wurden in September drei Mitglieder des Gewerkschaftsrates, drei Mitglieder des Betriebsausschusses und drei technische Ratgeber als Mitglieder in den Wiederaufbauausschuss delegiert. Bei der Belohnung sei — wie dies Pongrácz erörterte — der hauptsächlichste Gesichtspunkt der Fleiss und nicht die Frage, welcher Partei der Betreffende angehört. Zur selben Zeit fasste der Betriebsausschuss auch einen Beschluss, wie die seitens des Wiederaufbau-Ausschusses des VIII. Stadtbezirkes überwiesenen 30 000 Pengő und die 4000 Pengő vom. X Stadtbezirk unter den einzelnen Abteilungen verteilt werden sollen. Aufgrund dessen erhielt die Waggonabteilung 18 000, die Maschinenabteilung 10 000, die Intelligenz 5000, die Zählerfabrik 2000, die Metallurgie 6000, das Lebensmittel-lager 1000 und die Regie 2000 Pengős.⁷⁵

Gleichzeitig mit der Mobilisierung zum Wettbewerb kam es auch zur Anwendung anderer Methoden. Die Körperschaft der Vertrauensmänner machte sich z.B. im Juni den Vorschlag zu eigen, dass die Namen derer, die trotz zweimaliger Aufforderung viel Zeit mit dem Umkleiden, Waschen und Essen verbringen, auf der Wandzeitung veröffentlicht werden.⁷⁶ Auch Diebstähle wurden in der Wandzeitung angeprangert. Es vermehrten sich die Werkstattversammlungen, in denen ernste, umsichtige Besprechungen geführt wurden. Am 12. Juli z.B. in der Abteilung 545 „meldeten sich die meisten im Zusammenhang mit der Produktion zu Wort und stellten selbst fest, dass sie noch nicht so arbeiten, wie dies nötig wäre, und gaben ihrer Hoffnung Ausdruck in der nächsten Versammlung schon darüber sprechen zu können, wieviel produziert wurde.“⁷⁷ Auch eine Versammlung aller Vertrauensmänner und eine Fabriksversammlung wurde abgehalten, ausserdem wurde auch in der Parteiversammlung des Betriebs über die Fragen der Betriebsarbeit verhandelt. Anfang Dezember besuchte Genosse János Kádár, Sekretär des Budapester Parteikomitees der Ungarischen Kommunistischen Partei, den Betrieb und hielt eine Parteiversammlung ab.⁷⁸

Der Betriebsausschuss ordnete — gestützt auf die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter, die beiden Parteiorganisationen, sowie auf die Agitations- und Propagandaarbeit — an einzelnen Stellen die Verlängerung der Arbeitszeit an. So kam es vor, dass die Arbeiter sogar 56 Stunden leisteten. Zwischen dem 22. und 28. September betrug z.B. die durchschnittliche Arbeitszeit im Betrieb 51 Stunden.⁷⁹ Wie das der Beschluss des Betriebsausschusses vom 28. September besagt, nahm er auch jene Methode in Anspruch, dass die Arbeiter, die aus der Fabrik austraten, in den Verband der Eisenarbeiter geschickt wurden, und ihr Arbeitsbuch nur in dem Fall zurückbekamen, wenn

sie in eine ungünstigere Anstellung vermittelt worden waren.⁸⁰ Unter den gegebenen Umständen war dieses Vorgehen vollauf verständlich.

Die Arbeitsdisziplin kräftigte sich zweifellos, doch nicht gleichmässig und auch Rückfälle kamen vor. Dies hing häufig mit dem Materialmangel, doch hauptsächlich mit den Ernährungsschwierigkeiten zusammen.⁸¹ Auch das konnte nicht verhindert werden, dass die Arbeiter während der Arbeitszeit unter Anwendung von Fabrikmaterial Privatarbeiten verrichteten, um dadurch einen Nebenverdienst zu erzielen, und am 15. November kam es sogar zu einer Arbeitsniederlegung, wobei 12 000 Arbeitsstunden ausgefallen sind. Die Arbeiter nahmen, nachdem sie mit dem Delegierten der Gewerkschaftszentrale verhandelt haben, die Arbeit wieder auf.⁸²

Auch die Mitglieder der Körperschaft der Vertrauensmänner waren der Sache nicht immer gewachsen, allerdings kam es auch vor, dass der Betriebsausschuss erst nachträglich Kenntnis von der Wahl eines Vertrauensmannes erhielt.⁸³

Im ganzen genommen waren aber die Kraftanstrengungen zwecks Festigung der Arbeitsdisziplin erfolgreich. In einigen Werkstätten gelang es das Produktionsniveau des Jahres 1938 zu erreichen.⁸⁴

Obwohl der Kampf um die Sicherstellung der Produktionsbedingungen das gewünschte Ziel – vor allem infolge objektiver Schwierigkeiten – auch nicht erreichte, war die Entwicklung – wie dies der Bericht des Betriebsausschusses zum Jahreschluss festgestellt hat – so gewaltig, dass sie alle Erwartungen übertraf. Unter anderem wurden 194 Werkzeugmaschinen ausgebessert, die notwendigsten Gebäude instandgesetzt, 3 komplette Diesel-Motorzüge und 13 000 Stromzähler ausgeliefert. Auch andere Wiedergutmachungsarbeiten konnten geliefert werden und sehr bedeutend war die Menge, die in halbfertigem Zustand in Arbeit war. Aufgrund des Wiederaufbauprogramms wurden für die Ungarischen Staatsbahnen 300 Waggons ausgebessert, ferner die mechanische Einrichtung eines Schwimmkrans fertiggestellt. Die Metallurgie nahm an den Arbeiten der Elektrischen Fabrik teil, die die Instandsetzung der heimischen Elektrizitätszentralen bezweckten. Neben Eisenbahnweichen wurden auch Pumpen und Dieselmotoren geliefert. Es muss berücksichtigt werden, dass die Aufträge der Fabrik nicht nur aus Wiedergutmachungsarbeiten (80%), sondern auch aus behördlichen Wiederaufbauarbeiten bestanden (12%) ferner mussten auch die zur Instandsetzung anderer, an den Wiedergutmachungsarbeiten beteiligter Fabriken nötigen Maschinen und Einrichtungen geliefert werden (1,5%, Maschinenfabrik Láng, Manfred Weiss-Werke usw.), die auch einen Anteil an den Erzeugnissen hatten. Hiezu kamen noch die für die Schwesterfabriken hergestellten Einrichtungen (4,5% der Aufträge) und die Erzeugung von Tauschartikeln für den Lebensmitteltausch 1,2%).⁸⁵

Die Verrichtung der Instandsetzungsarbeiten, die Lösung der Produktionsaufgaben wurden im hohen Mass durch die fast das ganze Jahr hindurch anhaltenden Probleme der Lebensmittelversorgung behindert. Die Lebensmittelversorgung wurde somit zur Produktions- und politischen Frage. Zu Beginn des neuen Lebens war die Lage der Waggonfabrik im Verhältnis zu jener der Schwesterfabriken die schlechteste, deshalb verursachte es ernste Probleme die Arbeiter, die in andere Betriebe übergehen wollten, die ihnen

eine bessere Versorgung sichern konnten, zurückzuhalten. Im Mai wurde die Verbindung mit mehreren Mühlenbesitzern zwecks Abwicklung von Tauschgeschäften aufgenommen,⁸⁶ so unter anderen mit den Besitzern der Mühlen in Kisújszállás, Erdőszentlászló, Lajosmizse, Jászkarajenő und Öttevény. Auch mit dem Nationalkomitee von Szarvas und mit der kommunistischen Parteiorganisation in Tápiósáp wurden Verhandlungen gepflegt.⁸⁷ Zugleich wandten sie sich am 30. Mai mit dem Ersuchen an Industrieminister Antal Bán, dass dort, wo die Fabrik für die Wiedergutmachung arbeitet und wo an der Reorganisation des Verkehrs gearbeitet wird, den Arbeiten und Angestellten ausser der üblichen noch eine zusätzliche Lebensmittel- bzw. Versorgungskarte ausgefolgt werde.⁸⁸ Das ab Mitte April unter grossen Schwierigkeiten gesicherte Eintopfgericht reicht nämlich nicht aus und auch der nötige Kalorienbedarf konnte nicht befriedigt werden. Hierbei musste noch berücksichtigt werden, dass der Personalstand langsam zwar, doch im Anstieg begriffen war und die Fabrik auch die Familienmitglieder zu ernähren hatte.⁸⁹ Die Nahrungsmittelbeschaffung ging aber sehr zögernd vor sich. Ähnlich schwierige Probleme ergaben sich auch bei der Beschaffung sonstiger Bedarfsartikel. In der Sitzung des Betriebsausschusses am 6. Juli wurde berichtet, dass aus der Provinz 2 q Mehl, 30 q Öl, 5 q Seife eingelangt seien. Solche Mengen linderten die Schwierigkeiten freilich nur unwesentlich.⁹⁰ Eine grössere Hilfe bedeutete die seitens der Sankt Stephan Nahrungsmittelwerke angebotene Ölmenge und das Tauschabkommen, wonach die Fabrik für den Transport von 100 Waggon Holz 40 Waggon Holz erhielt.⁹¹ Eine namhafte Hilfe war auch der seitens der Kreditgenossenschaft übernommene Holzschlag. Als Gegenleistung gelang es 121 Waggon Brennholz zu verschaffen, wovon 92 Waggon die Waggonfabrik erhielt. Diese Menge wurde in Posten von 5 q verteilt.⁹² Anfang August wandten sich die Direktion und der Betriebsausschuss brieflich mit der Bitte an den Gewerkschaftsrat, er möge im Ministerium für Versorgungswesen intervenieren, dass die Lieferung der von dem Mühlenbesitzer in Mezökövesd überlassenen Lebensmittel für die auf 3080 Kopf angestiegene Arbeiterschaft ermöglicht werde. In einem anderen Brief wird um die Bewilligung zum Einkauf von Hülsenfrüchten, Eiern, Geflügel und Lebewiech angesucht. Laut Begründung arbeiten die Werktätigen täglich 8–10 Stunden „zum grössten Teil an sehr schweren und anstrengenden Arbeiten. Ihr Verdienst richtet sich nach dem Kollektivvertrag und ist wesentlich niedriger als der an freien Arbeiten Beschäftigten. Aus sozialen Gründen müssen wir deshalb bestrebt sein, die Ernährungsschwierigkeiten unserer Arbeiter nach Möglichkeit zu lindern.“⁹³

Anfang September gelang es neben dem bereits erwähnten Reisfeld in Alsószászberek im Ausmass von 9 Joch — auf dem ein Ertrag von 133 q erzielt wurde — auch in Tiszaszállás eine bereits besäte Reiskultur im Ausmass von neun Joch zu sichern.⁹⁴ Auch mit einer Teigwarenfabrik wurden Beziehungen angebahnt.⁹⁵ Gleichzeitig wurde beschlossen ein gemeinsames Lebensmittelager zu errichten, in dem die Schwesterfabriken mit Vertrauensmännern vertreten sind. Das Zustandekommen eines solchen erwies sich deshalb für nötig, weil in der Versorgung Unterschiedlichkeiten zutage traten und die Beschaffung auf verschiedenen Wegen die Kräfte allzusehr teilte.

Trotz aller Kraftanstrengungen gelang es auch im September nicht eine ernste Besserung zu Erzielen, obwohl 5 kg Mehl und 2 kg Kartoffeln ausge-

teilt werden konnten.⁹⁶ Die Ernährungsschwierigkeiten beeinflussten auch die Arbeitsdisziplin ungünstig.⁹⁷ Dazu kam noch, dass auch Diebstähle und Missbräuche vorkamen, so dass sich der Betriebsausschuss gezwungen sah die Kontrolle zu verschärfen.⁹⁸ Auch die Kost war mehr als einmal ungeniessbar, was häufig zu Reklamationen Anlass gab, so dass sich auch der Betriebsausschuss wiederholt mit dieser Frage befassen musste. Ebenso auch mit der Art und Weise der Verteilung, da das Schlangestehen die Verteilungsdauer sehr in die Länge zog. Anfang Oktober wurde eine gemeinsame Verhandlung aller Vertrauensmänner abgehalten, in der die Mehrzahl der erschienenen Vertrauensmänner auf eine Aufbesserung der Kost drängte, Heizmaterial verlangte, eine bessere hygienische Versorgung der Räumlichkeiten wünschte, gegen die Preise am schwarzen Markt protestierte und für die ausserhalb von Budapest wohnenden Genossen zusätzliche Bezugsscheine und die Sicherung von Zügen verlangte.⁹⁹

Gemäss einem Bericht vom Anfang November konnten den Werkstätigen im Laufe von 3 Monaten folgende Lebensmittelzuteilungen ausgefolgt werden: 17 kg Kartoffeln, 14 kg Brotmehl, 7 kg Weissmehl, 1 kg Bohnen, 1,5 kg Rindfleisch, 0,91 kg Öl, ein Paar Gummisohlen (Preis: 100–110 Pengő), 15 dkg Gänsefleisch (104 Pengő), 1/4 kg Tabak (80 Pengő), ausserdem wurden Zigarettenpapier und Zündhölzchen verteilt. (Der Preis von einer Schachtel Zündhölzchen war 10 Pengő).¹⁰⁰ Laut Erklärung des Vorsitzenden des Betriebsausschusses Kálmán Pongrácz, die in der Folge vom 15. November der Zeitschrift Szakszervezeti Közlöny veröffentlicht wurde, konnte keine systematische Verköstigung gesichert werden. Das Betriebsessen bestand aus einem leeren Gemüse, einmal wöchentlich gab es Mehlspeise, es kostete 15 Pengő. Das Mittagessen nahm 30–40% der Belegschaft in Anspruch. Die Sitzung des Betriebsausschusses vom 16. November stellte folgendes fest: „Obwohl die Fabrikdirektion durch den Tausch von Industriartikeln und der Betriebsausschuss durch die Besorgung der nötigen Bewilligungen in den Ministerien alles daransetzen, können wir der Arbeiterschaft doch nur wenig Lebensmittel sichern.“¹⁰¹ Zu Weihnachten gelang es aber doch eine ansehnlichere Menge an Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln zu verteilen, darunter Speiseöl, Trockeneier, Kraut, Geflügelfleisch, Feinmehl, Bohnen, Marmelade und Brotmehl. Ausserdem wurden auch Zahnpasta, Schmierseife, Arbeitskleidung und Textilien verteilt.¹⁰² Gemäss dem Bericht des Betriebsausschusses zum Jahresschluss wurden über 9500 Textilwaren und Schuhe verteilt. Die Weihnachtzuteilung bewirkte eine bedeutende Stimmungsänderung positiven Charakters und auch von der im Januar zu erfolgenden Inbetriebnahme des Zentralen Lebensmittellagers war eine günstige Wandlung zu erwarten. Die Errichtung des Zentralen Lebensmittellagers gaben Betriebsausschuss und Direktion in dem Rundschreiben Zahl 72. vom 27. Dezember bekannt. Mit der Leitung desselben wurde Prokurist Jenő Vojnits betraut, die Betriebsausschüsse delegierten je eine Person und einen Stellvertreter. Das Inventar musste gemeinsam mit dem Betriebsausschuss am 31. Dezember aufgenommen werden und das Ergebnis war bis 4. Januar 1946 der Leitung vorzulegen. „Ab 1. Januar 1946 – lautete das Rundschreiben – dürfen Lebensmittel, aus vorhandenen Beständen, wie auch aus inzwischen eingelangten nur auf Anweisung des Herrn Prokuristen Vojnits – im Einvernehmen mit den

Betriebsbeauftragten — verteilt werden. Beginn der zentralen Verteilung ist der 1. Januar 1946, solche Artikel, die wir für unsere sämtlichen Fabriken angefordert haben, wie z.B. Fleisch, Zucker usw. werden zentral verteilt. Lebensmittel, die noch nicht eingetroffen, jedoch aufgrund von Abschlüssen in der Provinz oder in Budapest auf Lieferung warten, sind ebenfalls bei Herrn Prokuristen Vojnits anzumelden. Gleichzeitig ersuchen wir auch die Betriebsausschüsse, die seitens der Organe der öffentlichen Versorgung ihnen avisierten Möglichkeiten von Lebensmittelzuteilungen bis zum 2. Januar 1946 bekanntzugeben . . . zwecks Information.“ Schliesslich bemerkt das Rundschreiben, dass Lebensmittelpreise in sämtlichen Fabriken die gleichen sein und seitens der Leitung des Lebensmittelagers bestimmt werden. Die Verteilung erfolgt ebenfalls aufgrund eines einheitlichen Systems.¹⁰³

Für die Arbeiter war eine namhafte Hilfe die Errichtung des Tageskinderheimes und des Säuglingsheimes.¹⁰⁴ Für die Kinder im Alter von 6–14 Jahren wurde auch eine Erholungsaktion organisiert, der Ort erwies sich aber für ungeeignet, so dass die Kinder nach wenigen Tagen zurückgebracht werden mussten.¹⁰⁵ Die Besserung der gesundheitlichen Lage bereitete besonders viel Sorge. Die ärztlichen Ordinationsräume wurden zerstört, die Medikamente verschleppt. Es gab weder Instrumente, noch Verbandzeug. Nach grossen Kraftanstrengungen gelang es aber verschiedene Abteilungen in Ordnung zu bringen. Durch Sammlungen, Spenden und auf andere Art wurden Medikamente und Instrumente beschafft. Die Impfung gegen Typhus wurde eingeführt. Es fanden Lauskontrollen statt. Ein Desinfektionsraum wurde errichtet. Reihenuntersuchungen zwecks Aufdeckung von Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten wurden abgehalten. Gegen Ende des Jahres musste man Schutzvorkehrungen gegen die Krätze treffen. Die obligate ärztliche Untersuchung wurde eingeführt. Dies war mit grossen Schwierigkeiten verbunden. Der Betriebsausschuss war gezwungen in der Weise vorzugehen, indem er bekanntgab, dass alle, die zur Untersuchung nicht erscheinen, aus der Lebensmittelversorgung gestrichen werden. Anfangs gab es besonders viel Nieren- und Herzbeschwerden, sowie nervöse Erschöpfungen. Im Sommer hatte man mit Durchfall zu kämpfen. Viele litten an Hautinfektionen und häufig waren auch gefrorene Stellen an Händen und Füssen. Als Ergebnis der erfolgreichen hygienischen Massnahmen bewegte sich der Prozentsatz der Krankengeldempfänger am Ende des Jahres zwischen 2,5 und 3,1%.¹⁰⁶

Die Tätigkeit des Betriebsausschusses auf den verschiedenen Gebieten wurde von der Gestaltung ihrer Beziehungen zur Direktion in hohem Mass beeinflusst. Obwohl die erwähnten Verordnungen das Verhältnis zwischen Fabriksleitungen und Betriebsausschüssen unzweideutig bestimmt hatten, hing doch sehr viel von den Ausschüssen selbst ab, in welchem Ausmass, wann und wie sie ihre Rechte geltend machen konnten. Wie aufgrund der Dokumente festgestellt werden kann, gestalteten sich diese Beziehungen im Fall des Betriebsausschusses der Waggonfabrik zufriedenstellend und trotz einzelner Meinungsverschiedenheiten kann bei der Lösung bedeutender Fragen, bei der Überwindung grosser Schwierigkeiten eine gemeinsame Kraftanstrengung festgestellt werden. Auch das Prestige gewährleistete diese Zusammenarbeit, das sich der Betriebsausschuss in der schweren Anfangsperiode des Wiederbeginns erkämpft hat und das er sich auch später, unter geänderten Verhältnissen,

zu erhalten wusste. Auch das kann festgestellt werden, dass der Betriebsausschuss der Waggonfabrik nicht intelligenzfeindlich eingestellt war, obzwar solche Erscheinungen, besonders in den ersten Zeiten, bei zahlreichen Betriebsausschüssen zutage traten.

Kálmán Pongrácz, Vorsitzender des Betriebsausschusses, erklärte im April 1945 auf die Frage, ob die Zusammenarbeit mit der Direktion bestehe: „Ja, sie besteht. Die Mitglieder der Direktion gehören zu den vorzüglichsten Fachleuten des Landes, die die praktischen Vorschläge des Betriebsausschusses in jedem Fall anerkennen . . .“.¹⁰⁷

Die Zusammenarbeit ging aber nicht immer glatt vor sich, und besonders die Betriebsausschüsse der Schwesterfabriken vermochten sich nicht eine der Waggonfabrik ähnliche Position zu sichern. Wie Kálmán Pongrácz in der Versammlung des Betriebsausschusses vom 4. Mai berichtete, hielten die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Betriebsausschüsse der drei Ganz-Werke am 2. Mai auf Initiative des Sekretariats der freien Gewerkschaft des Verbandes der Eisen- und Metallarbeiter eine Konferenz ab. Aus den hier vorgetragenen Berichten geht hervor, dass sich der Betriebsausschuss in der Waggonfabrik in die Lösung aller Fragen eingeschaltet, an allen kommerziellen Verhandlungen teilgenommen hat, bzw. über alle Verhandlungen ein Pro memoria erhielt. Bei Besetzung der verschiedenen Ämter traf der Direktor aufgrund der Vorschläge des Betriebsausschusses Massnahmen. Der Vorsitzende des Betriebsausschusses der Schiffswerft hingegen beklagte sich, dass Generaldirektor Jendrassik bei ihnen dem Betriebsausschuss keine laufende Einsichtnahme in die Geschäftskorrespondenz gewähren wollte, obwohl sie auch an den kommerziellen Verhandlungen nicht teilgenommen hatten. Die Konferenz beauftragte deshalb Kálmán Pongrácz in Angelegenheit der Betriebsausschüsse der Schiffswerft und der Elektrischen Fabrik mit Generaldirektor Jendrassik zu verhandeln und ihm zur Kenntnis zu bringen, dass die Betriebsausschüsse entweder mit ihm, oder ohne ihn arbeiten werden. Als gemeinsame Zielsetzung wurde beschlossen durchzusetzen, dass die Vorsitzenden der Betriebsausschüsse in die zentrale Verwaltung einbezogen werden und dass Versetzungen von einer Fabrik in die andere nur im Einvernehmen mit den Betriebsausschüssen vorgenommen werden können. Die drei Betriebsausschüsse einigten sich auch darin, dass sie zukünftig zwecks gegenseitiger Informierung und Sicherung des einheitlichen Auftretens jeden Montag und Donnerstag früh im Gebäude der Kreditbank gemeinsame Besprechungen abhalten werden.¹⁰⁸

Gegen Massnahmen der Direktion oder einzelner Direktionsmitglieder, die die Interessen der Arbeiterschaft verletzten oder Ungerechtigkeit fruchteten, trat der Betriebsausschuss immer entschlossen auf. Auf der Versammlung vom 25. Mai kam z.B. ein Verfügung des Direktors Mendelényi auf die Tagesordnung, laut welcher nur die im Zusammenhang mit den Werkstätten beschäftigten Beamten ihre Arbeit um 7 Uhr zu beginnen haben. Gleichzeitig erlaubte er, dass sich die Beamten 15 Minuten verspäten dürfen, die Arbeiter hingegen nur 5 Minuten. Der Betriebsausschuss protestierte entschieden gegen diese Verfügung und beschloss im allgemeinen gegen alle Verspätungen zu kämpfen, die minimale Toleranzzeit aber muss bei allen Kategorien der Belegschaft in Einklang gebracht werden, wobei keinerlei Unterscheidungen zulässig sind.¹⁰⁹

Obwohl der Betriebsausschuss in der ersten Phase seiner Tätigkeit im Interesse der Säuberung der Fabrik von den Faschisten und unter anderen von den am meisten exponierten arbeiterfeindlichen Leitern radikale Massnahmen getroffen hat, vertrat er damals, wie auch später, den Standpunkt — wie dies das Protokoll der Sitzung vom 9. Mai beweist — dass nicht alle politisch unzuverlässigen Personen, unter diesen die unzuverlässigen Beamten und technischen Angestellten, entlassen werden müssen. Es wurde für richtiger befunden, diese auf solchen Arbeitsplätzen zu beschäftigen, wo sie zwar arbeiten können, wo aber ihre Tätigkeit stets kontrolliert werden kann.¹¹⁰ Die Lage der Fabrik, die Aufgaben des Wiederaufbaues, der drückende Mangel an Arbeitskräften bestätigen auch bei Ausserachtlassung aller anderen Gesichtspunkte die Richtigkeit dieses gemässigten Standpunktes.

Auf einen ähnlich gemässigten Standpunkt stellte sich der Betriebsausschuss auch im Falle des Direktors Ödön Deér, der aus den früher erörterten Gründen, auf Forderung der Arbeiter und Vertrauensmänner mit anderen zusammen aus der Fabrik entfernt wurde. Der Betriebsausschuss betrachtete damit die Angelegenheit für abgeschlossen, er hielt die Strafe für ausreichend und teilte im Juli dem Innenministerium brieflich mit, dass er sich mit der Internierung Deérs nicht einverstanden erklären könnte, da er die Entlassung wohl verdient hat, doch kein Pfeilkreuzler gewesen sei.¹¹¹ Aus dieser Angelegenheit entwickelte sich trotzdem rasch ein ernster Konflikt innerhalb der Fabrik, obwohl dieser Konflikt bis zu einem gewissen Grad schon als lokaler Niederschlag der sich im Lande zuspitzenden politischen Lage zu betrachten ist. Wie bereits erwähnt, hat die zweite, im Juni erlassene Verordnung über die Betriebsausschüsse die Aufgabe der Säuberung der Fabriken dem Wirkungskreis der Betriebsausschüsse entzogen und den Rechtfertigungsausschüssen zugeteilt. Die Rechtfertigungsausschüsse handelten aber in vielen Fällen nicht ihrer ursprünglichen Aufgabe entsprechend und wurden im Sommer schon häufig zum Mittel der sich organisierenden Reaktion, indem sie nicht selten den reaktionären Elementen Schutz zu gewähren trachteten. Der in die Waggonfabrik Ganz entsandte Rechtfertigungsausschuss rechtfertigte am 19. Juli 1945 auch den unter den besprochenen Umständen aus der Fabrik entfernten gewesen Direktor Ödön Deér. Als die Arbeiter am folgenden Tag hierüber Kenntnis erhielten, legten sie um 9 Uhr in der Waggonwerkstatt empört die Arbeit nieder, zogen vor den Raum des Rechtfertigungsausschusses, drangen in die Kanzlei ein und forderten, dass der Ausschuss die Meinung der Arbeiterschaft und des Betriebsausschusses der Fabrik berücksichtige. Einige erregte Arbeiter griffen den Rechtsberater der Fabrik, der einige Zeit an der Sitzung des Ausschusses teilgenommen hat, auch tätlich an. Die Direktion protestierte sofort brieflich beim Gewerkschaftsrat und im Industrieministerium,¹¹² verlangte eine Untersuchung und Sicherung der „Ordnung“. Sie versuchte damit einen Druck auf die genannten Institutionen auszuüben, dass falls sich gegen die Beamten oder gegen einzelne Gruppen derselben eine solche Voreingenommenheit und Abneigung äussert, jene nicht in der Lage sein werden den ihnen bevorstehenden Aufgaben zu entsprechen. Die Arbeiterschaft erblickte aber — richtig — nicht darin die Sicherung dessen, dass die Aufgaben gelöst werden. Die Körperschaft der Vertrauensmänner der Waggonabteilung hielt am 27. Juli eine Versammlung ab, in der die Unzufriedenheit mit der Tätigkeit des

Rechtfertigungsausschusses zum Ausdruck gebracht wurde, da diese Anlass dazu gab, dass die Arbeiterschaft durch Niederlegung der Arbeit ihrem Protest Geltung verschaffen musste. Die Versammlung fasste einen Beschluss, mit dem die früheren Entscheidungen der Körperschaft der Vertrauensmänner, sowie des Betriebsausschusses in der Sache Deér und in anderen Angelegenheiten bekräftigt wurden. Auch diesbezüglich wurde ein Beschluss gefasst, im Falle der Rechtfertigung welcher Personen die Arbeiterschaft ihrem Willen in dieser Weise Geltung verschaffen werde. Die Vertrauensmänner brachten diesen Beschluss dem Betriebsausschuss zur Kenntnis.¹¹³

Im Sommer 1945 begann sich der Kampf auch auf anderen Ebenen zu verschärfen. Die Protokolle des Betriebsausschusses berichten über die Auseinandersetzungen, die zwischen der Fabrikdirektion und dem Betriebsausschuss stattfanden, weil erstere die Vorschriften des Kollektivvertrags nicht eingehalten hat,¹¹⁴ ferner über jene, die zwischen Generaldirektor Jendrassik und dem Betriebsausschuss wegen Personalfragen entstanden, als der Generaldirektor bei dem Betriebsausschuss die Unterstützung von Direktionsmitgliedern durchsetzen wollte, gegenüber denen die Arbeiterschaft einen entschiedenen Standpunkt eingenommen hat und deren Entfernung forderte.¹¹⁵ Der Betriebsausschuss legte Ende Juli Protest ein und verschaffte diesem Protest auch Geltung, als die Direktion die Angelegenheit der entlassenen und wieder rückberufenen Beamten mit dem Betriebsausschuss nicht besprochen hat.¹¹⁶ Zugleich unternahm er energische Schritte, dass die Bezahlung der Werkmeister, die der Betriebsausschuss ernannt hat, geregelt werde¹¹⁷ und die Einreihung der tüchtigen Facharbeiter in die Kategorie der Gruppenleiter erfolge.¹¹⁸ Der Betriebsausschuss konnte seinen Standpunkt auch in solchen Fällen durchsetzen, als Perényi, Präsident der Kreditbank, die Direktion im Interesse der Bank zu überreden versuchte, gewisse Beträge dem Betrieb zu entziehen und in den Banken einzulegen, statt diese für Betriebszwecke zu verwenden.¹¹⁹

Während sich einerseits die Zusammenstöße mit einzelnen Leitern des Betriebes und der Bank verschärfen, gewährte andererseits der Betriebsausschuss der Direktion in allen Fragen, die die Interessen der Fabrik und der Produktion förderten, volle Unterstützung, wie dies auch die bereits besprochenen Dokumente beweisen. Ausserdem betrachtete der Betriebsausschuss den Schutz des Fabrikseigentums auch weiter für eine wichtige Aufgabe. Im Laufe des Sommers kamen nachts auch bewaffnete Raubüberfälle vor, deshalb wurde bei der Polizeihauptmannschaft des X. Stadtbezirkes interveniert, als diese die in die Fabrik beorderte Polizeimannschaft abberufen wollte.¹²⁰ Auch Betriebsdiebstähle kamen ziemlich häufig vor. Es wurden Buntmetalle, Werkzeuge, Gummi- und sonstige Bestandteile der in Reparatur befindlichen Waggonen gestohlen. Um das zu verhindern, wandte sich der Betriebsausschuss teils an die selbstbewussten Arbeiter um Hilfe, teils übergab er die an der Tat ertrappten Täter der Polizei.¹²¹ Im Falle von Diebstählen wurde – auch wenn es sich um den geringsten Wert handelte – mit voller Strenge vorgegangen und von Retorsionen nahm man auch dann nicht Abstand, wenn eine solche Person auf Abwege geriet, die sich früher in der Arbeit der Bewegung bedeutende Verdienste erworben hat.¹²²

Der Betriebsausschuss stützte sich in seiner Arbeit auf die Hilfe der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter und auf die Arbeit der Par-

teiororganisationen des Betriebs. Bekanntlich kamen die ersten Betriebsorganisationen der Kommunistischen Partei Ende Februar in Csepel zustande. Darnach wurden solche in den verschiedenen Fabriken fortlaufend gebildet. Ein ähnlicher Prozess hat sich auch im Rahmen der Sozialdemokratischen Partei vollzogen. Im Mai klärte sich das Verhältnis zwischen den Betriebsausschüssen und den Parteiororganisationen, und in grossen Zügen gestalteten sich auch die Aufgaben aus. Zugleich wurde eine enge Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien zu einer sehr wichtigen Komponente. Die Parteileitungssitzung der Ungarischen Kommunistischen Partei des VIII. Stadtbezirkes am 21. Juni wies z. B. darauf hin, dass die Zusammenarbeit überall zu verstärken sei. Zu diesem Zweck schlug sie gemeinsame Aktivtagungen, gemeinsame Stossarbeiten und gemeinsame Kurzversammlungen vor und lenkte die Aufmerksamkeit darauf, dass in Betriebsversammlungen und in den verschiedenen Ausschüssen die Kommunisten und Sozialdemokraten einheitliche Stellungnahmen ausgestalten mögen. Zugleich trat sie energisch gegen jene auf, die die Zusammenarbeit behindern und sprach sich gegen einen Übertritt von der Sozialdemokratischen Partei in die Ungarische Kommunistische Partei aus, davon ausgehend, dass diese Genossen die verlässlichsten Stützen der Zusammenarbeit seien. Aufgrund eines Beschlusses des Verbindungsausschusses der beiden Parteien waren in allen Parteiororganisationen Tafeln mit dem gleichen Text anzubringen: „Wer gegen die Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien verstösst, dient der Reaktion. Mit solchen gehen wir auch dementsprechend vor.“¹²³ Wie dies aus dem Stoff der Sitzung hervorgeht, betrachtete man in bezug auf die Waggonfabrik Ganz als Hauptaufgabe, dass die Leitung der dort tätigen Parteigruppe (Betriebsorganisation) ihre Beziehungen zur Parteimitgliedschaft festige, die Bewahrung der Parteidisziplin erfordere, und durch eine gehobenere Propagandaarbeit die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Genossen in allen Fabriksfragen zustandebringe.¹²⁴ Tatsächlich kam es im folgenden zu gemeinsamen Aktionen und gemeinsamen Besprechungen, in denen von der Lösung der des Betriebs harrenden Aufgaben und von der Mobilisierung der Werktätigen die Rede war. Zugleich war aber auch eine gewisse Rivalisierung zwischen den beiden Parteiororganisationen fühlbar, doch zu bedeutenderen Gegensätzen kam es in dieser Periode nicht.

Obwohl am Ende des Jahres die Ungarische Kommunistische Partei mit ihren 800 Mitgliedern zahlenmässig hinter der Sozialdemokratischen Partei, die 1200 Mitglieder zählte, zurückblieb,¹²⁵ war doch der Einfluss der Kommunisten auf die Geschäftsführung stärker. Dies hing vor allem mit dem noch im Januar verschafften Ansehen der Kommunisten, mit ihrer besser organisierten Arbeit und mit ihrem klareren Programm zusammen. Beiden Parteileitungen verursachte der Umstand Schwierigkeiten, dass ein Teil ihrer Mitglieder nicht in der Fabrik, sondern in ihrem Wohngebiet der Partei beigetreten waren, und da viele in der Umgebung von Pest wohnten, konnten sie sich in das Organisationsleben nicht immer einschalten. Dennoch erwies sich die Parteidisziplin als eine bedeutende vorwärtstreibende Kraft. Ebenso, wie die Tätigkeit des Betriebsausschusses aus dem Leben und der Entwicklung der Fabrik nicht wegzudenken war, hing auch die bedeutende zusätzliche Arbeit, die die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter und Angestellten in zahlreichen Fällen auf sich nahmen, unzertrennbar mit diesen zusammen.

Die Lage war nach der Befreiung ausserordentlich verwickelt, und es war nicht leicht sich in dieser zurechtzufinden. Die Kämpfenden begangen häufig auch Fehler, doch waren diese nicht von entscheidender Bedeutung. Der Jahresschlussbericht des Betriebsausschusses vom Jahr 1945 blickte mit Optimismus in die Zukunft. Er dankte den Arbeitern, dass sie auch in den kritischsten Tagen durchgehalten und ihr Vertrauen bewiesen haben „als sie in Schnee und Eis, mit leerem Magen, auch unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Pflicht erfüllten“. Die Schlussworte klingen heute, in der Perspektive eines Vierteljahrhunderts, gleich einer in Erfüllung gegangenen Prophetie: „die Arbeiterschaft hält trotz schwerster Opfer an dem eingeschlagenen Weg fest, und weder die Wirtschaftskrise, noch die Schliche der Reaktion werden sie davon zurückhalten, dass sie das Programm der Arbeiterparteien zur handgreiflichen Wirklichkeit gestalte.“

Anmerkungen

¹ Archiv des Zentralrates der Gewerkschaften — im weiteren SZOT. L. — Vasas Szakszervezet. 1945. Vegyes Levelezés 1/d. Tájékoztató a Ganz és Társa Villamosági, Gép-, Wagon- és Hajógyár R. T. üzemviszonyairól (Information über die Betriebsverhältnisse der Ganz und Comp. Elektrische, Maschinen-, Waggonfabrik und Schiffswerft A. G.). 23. Febr. 1945.

² A. a. O.

³ A. a. O. und Staatsarchiv — im weiteren OL. — MÁH. Ipari Osztály. 69. cs.

⁴ A. a. O.

⁵ OL. Ganz Z 421. 1. cs. 1944. jun. 20-i igazgatósági jegyzőkönyv (Direktionsprotokoll), MÁH.

⁶ A. a. O. Z. 425. 24. cs. Stein ig. lev. 81. sz. — 20. Dez. 1944. z. B. Im Liptai'schen Keller in Budafok wurden Panzerwagenbestandteile im Wert von 6 Millionen Pengő gelagert.

⁷ A. a. O. Z. 425. 28. cs. Jelentés a Magyar. Kir. Hadiipari Bombakárügyi Bizottságnak (Bericht an die Kommission für Bombenschäden der Kgl. Ung. Kriegsindustrie).

⁸ A. a. O. HUSZ pk. ir.

⁹ A. a. O. Z. 425. 21. cs.

¹⁰ A. a. O. Z. 425. 28. cs. HUSZ pk. ir.

¹¹ A. a. O.

¹² SZOT. L. Vasas Szaksz. 1945. Vegyes lev. 1/d. Ganz Vagon ÜB. jelentése.

¹³ A. a. O. Leb. Tamás 1945. márc. 14-i levele az ÜB-hez. Der Aufbau des Betriebsausschusses war — aufgrund des Materials der Fabrik Hubert és Sigmund — folgender: Betriebsleiter, Konstruktionsabteilungsleiter, ein Vertreter des Kapitals, ein Vertreter der Arbeiterschaft, der Parteiorganisator des Betriebs, Parteipropaganda-Leiter des Betriebs, Fachleiter, sozialer Leiter, Leiter der Frauenschaft, Jugendleiter. A. a. O. Vas-Witteg lev. 1/b. 1944. október 21-i jelentés.

¹⁴ A. a. O.

¹⁵ OL. Ganz Z. 425. cs. 94. sz. HUSZ pk. iratok. 1944.

¹⁶ SZOT. L. Vasas Szaksz. 1945. Vegyes lev. 1/d. Ganz Vagon ÜB. jelentése. Ohne Datum.

¹⁷ OL. Ganz. Z. 425. 30. cs. Jelentés az iparügyi miniszternek (Bericht an den Industrieminister). 25. Apr. 1945.

¹⁸ SZOT. L. Vasas Szaksz. 1945. Ganz Gyár 4/d; Vasas Szaksz. 1945. Vegyes lev. 1/d.

¹⁹ Der Ausweis vom 26. Sept. 1945, der den Wert vom Jahr 1939 berücksichtigte und den Wert sämtlicher Ganz-Werke mit 248 040 319 Pengő ansetzte, bezeichnete die Summe der Kriegs- und Bombenschäden mit 129 224 313 Pengő (52%). OL. Ganz Z. 425. 28. cs.

²⁰ A. a. O. 1945. Vegyes lev. 1/d.

²¹ A. a. O. Bericht vom 3. Januar 1946.

²² A. a. O. Ganz gyár 4/d.

²³ A. a. O. Az ÜB. 1945. évi zárójelentése (Schlussbericht des Betriebsausschusses vom Jahr 1945).

- ²⁴ A. a. O. 1945. Vegyes lev. 1/d.
- ²⁵ A. a. O. Ganz gyár 4/d.
- ²⁶ OL. Ganz Z. 424. 1. cs.
- ²⁷ Wahrscheinlich kann es damit in Zusammenhang gebracht werden, dass man anfangs März bestrebt war Geldschulden einzutreiben. A. a. O. Z. 425. 34. cs. Ganz. Titkársági levelezés.
- ²⁸ SZOT. L. Vasas Szaksz. Ganz gyár 4/d.
- ²⁹ A. a. O. Szakszervezetek Országos Tanácsa 1945. Vas-Witteg levelezés 1/a. d.
- ³⁰ A. a. O. Vasas Szaksz. Ganz Gyár 4/d.
- ³¹ S. Berichte an den Betriebsausschuss. A. a. O. 1945. Vegyes lev. 1/d.
- ³² A. a. O. Az ÜB. 1945. évi zárójelentése (Schlussbericht des Betriebsausschusses vom Jahr 1945).
- ³³ A. a. O. 1945. Vegyes lev. 1/d.
- ³⁴ A. a. O. OL. MÁH. Ipari Osztály. 69. cs. A Saburov Bizottságnak átadott levél fordítása (Übersetzung des der Schaburov-Kommission übergebenen Briefes).
- ³⁵ A. a. O.
- ³⁶ A. a. O.
- ³⁷ A. a. O. 1945. Ganz-gyár 4/d.
- ³⁸ A. a. O. Vegyes lev. 1/d.
- ³⁹ A. a. O. 1945. Ganz gyár 4/d. A Ganz és T. R. T. Vagongyár ÜB-nak 1945. évi zárójelentése.
- ⁴⁰ A. a. O. 1945. Vegyes lev. 1/d.
- ⁴¹ OL. Z. 424. Ganz 1. cs. 1. szám.
- ⁴² SZOT Szakszervezetek Országos Tanácsa. 1945. Vas-Witteg lev. 1/a. d.
- ⁴³ A. a. O. Vasas Szaksz. 1945. Vegyes lev. 1/d.
- ⁴⁴ Magyar Közlöny. 1945. február 18. 5. sz. 50 100/1945. Ip. M. sz. rendelet. — Die Problematik der Betriebsausschüsse s. eingehend: Jenci, K. — Rácz, B. — Strassenreiter, E.: Az üzemi bizottságok a munkáshatalomért (Die Betriebsausschüsse für die Arbeitermacht). Budapest, 1966.
- ⁴⁵ Magyar Közlöny. 1945. június 5. 43. sz. 55 000/1945. Ip. M. sz. rendelet.
- ⁴⁶ OL. Ganz Vezérig. ir. 31. cs. — Mitgeteilt v. Jenci — Rácz — Strassenreiter gen. W. p. 365 — 366.
- ⁴⁷ SZOT L. Vasas Szaksz. 1945. Ganz Gyár 4/d.
- ⁴⁸ A. a. O.
- ⁴⁹ A. a. O. 1945. Ganz Gyár 4/d. 1945. szept. 3.
- ⁵⁰ A. a. O. 1945. Vegyes 11/d. Hangulatjelentések (Stimmungsberichte).
- ⁵¹ A. a. O. 1945. Ganz gyár 4/d. A Ganz és Társai R. T. Vagongyár ÜB-nek 1945. évi zárójelentése.
- ⁵² A. a. O.
- ⁵³ OL. Ganz. Z. 425. 30. cs. 114. a. Pro memoria.
- ⁵⁴ A. a. O. 35. cs. Ganz Titkárság iratai.
- ⁵⁵ A. a. O. 30. cs. 114. sz. Pro memoria.
- ⁵⁶ SZOT L. Vasas Szaksz. 1945. Vegyes lev. 1/d.
- ⁵⁷ OL. Z. 425. 114. sz. Pro memoria.
- ⁵⁸ A. a. O. 103. sz.
- ⁵⁹ A. a. O. MÁH. Ip. O. 69. cs. 1945. Jelentéseket összeállító budget.
- ⁶⁰ A. a. O. Z. 425. 24. cs. Stein íg. lev. 81. sz.
- ⁶¹ SZOT L. Vasas Szaksz. 1945. Ganz gyár 4/d. A Ganz és Társai R. T. Vagongyár Üzemi Bizottságának 1945. évi zárójelentése.
- ⁶² OL. Ganz Z. 425. 37. cs.
- ⁶³ A. a. O. A Ganz Vagon ÜB. levele a Hubert és Sigmund cég ÜB-hez (Brief des Betriebsausschusses der Waggonfabrik Ganz an den Betriebsausschuss der Firma Hubert und Sigmund). 31. Juli 1945.
- ⁶⁴ A. a. O. 40. cs.
- ⁶⁵ SZOT L. Vasas Szaksz. 1945. Vegyes 11/d.
- ⁶⁶ OL. Ganz. Z. 425. 38. cs.; SZOT L. Vasas Szaksz. 1945. Vegyes lev. 1/d.
- ⁶⁷ SZOT L. Vasas Szaksz. 1945. Vegyes üzemek 9/d.
- ⁶⁸ A. a. O. Vegyes 11. d. Keresztes jelentése a május 4-i, 561-es szerelőműhely értekezletéről (Bericht Keresztes' über die Versammlung der Montagewerkstatt No 561 am 4. Mai).
- ⁶⁹ A. a. O. Ganz gyár. 4. d. 1945. május 10-i ÜB jegyzőkönyv.
- ⁷⁰ A. a. O. Ganz gyár — Szalay R. T. ÜB 4. d.

- ⁷¹ Archiv des Budapester Parteikomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei — im weiteren BPB. Arch. — B/1/3/VIII/3.
- ⁷² Szakszervezeti Közlöny, 15. Juni 1945.
- ⁷³ OL. Ganz ir. 33. cs. Hirdetmény.
- ⁷⁴ SZOT L. Vasas Szaksz. 1945. Ganz gyár — Szalay R. T. ÜB 4. d.
- ⁷⁵ A. a. O. A Ganz Vagon gyári ÜB szeptember 14-i ülésének jegyzőkönyve (Protokoll der Sitzung des Betriebsausschusses der Waggonfabrik Ganz am 14. Sept.).
- ⁷⁶ BPB. Arch. B/1/3/VIII/3.
- ⁷⁷ SZOT L. Vasas szaksz. 1945. Ganz gyár — Szalay R. T. ÜB 4. d.
- ⁷⁸ BPB. Arch. B/5/16/70/1330.
- ⁷⁹ SZOT L. Vasas Szaksz. 1945. Vegyes üzemek 9. d. 1945. október 11-i kérdőív (Fragebogen vom 11. Okt. 1945).
- ⁸⁰ A. a. O. Ganz gyár 4. d.
- ⁸¹ S. z. B. OL. MÁH. IPO. 69. cs. 1945 szept. 15-i jelentés; SZOT L. Vasas Szaksz. 1945. Vegyes üzemek 9. d.
- ⁸² BPB. Arch. B/5/16/70/1330 und SZOT L. Vasas Szaksz. Ganz gyár — Szalay R. T. ÜB 4. d.
- ⁸³ SZOT L. Vasas Szaksz. Ganz gyár — Szalay R. T. ÜB 4. d. 1945. november 11-i ÜB ülés (Sitzung des Betriebsausschusses am 11. Nov. 1945).
- ⁸⁴ BPB. Arch. B/5/16/70/1330.
- ⁸⁵ SZOT L. Vasas Szaksz. 1945. Ganz gyár 4. d. A Ganz Vagon ÜB 1945. év végi jelentése.
- ⁸⁶ OL. Z. 425. 34. cs. Ganz titkárság.
- ⁸⁷ A. a. O.
- ⁸⁸ A. a. O. 24. cs. 81. sz. Stein ig. lev.
- ⁸⁹ A. a. O. 36. cs. Július 6-i levél a Nemzetközi Ellenőrző Bizottság kebelében működő Studebaker gépkocsigyár vezérképviseletének (Brief vom 6. Juli an die im Rahmen der Internationalen Kontrollkommission tätigen Generalvertretung der Automobilfabrik Studebaker).
- ⁹⁰ SZOT L. Vasas Szaksz. 1945. Ganz gyár 4. d.
- ⁹¹ A. a. O. Augustus 1-i ÜB ülés jegyzőkönyve (Protokoll der Sitzung des Betriebsausschusses am 1. Aug.).
- ⁹² A. a. O. Vagongyár ÜB 1945. évi zárójelentése.
- ⁹³ OL. Ganz Z. 425. 38. cs. Beide Briefe wurden am 13. August geschrieben.
- ⁹⁴ A. a. O. Z. 424. Ganz. 1. cs. 1. szám.
- ⁹⁵ SZOT L. Vasas Szaksz. 1945. Ganz Vagon 4. d. 1945 szeptember 14-i ÜB ülés jegyzőkönyve (Protokoll der Sitzung des Betriebsausschusses am 14. Sept.).
- ⁹⁶ SZOT L. Vasas Szaksz. 1945. Vegyes üzemek 9. d. 1945. október 11-i ÜB kérdőív.
- ⁹⁷ OL. MÁH. IPO. 69. cs. 1945. Jelentéseket összeállító budget. 1945. szept. 15-i jelentés.
- ⁹⁸ SZOT L. Vasas Szaksz. 1945. Ganz gyár 4. d. 1945. szeptember 14-i ÜB ülés jegyzőkönyve.
- ⁹⁹ A. a. O. Jegyzőkönyv az 1945. október 4-én tartott összbizalmi értekezletről (Protokoll der Konferenz aller Vertrauensmänner vom 4. Okt. 1945).
- ¹⁰⁰ A. a. O. Vegyes üzemek 9. d. 1945. november 8-i jelentés (Bericht vom 8. Nov. 1945).
- ¹⁰¹ A. a. O. Ganz gyár — Szalay R. T. ÜB 4. d.
- ¹⁰² BPB. Arch. B/5/16/70/1330. A Ganz MKP szervezetének dec. 28-i jelentése a Területi Bizottságnak (Bericht der Ganz'schen Betriebsorganisation der Ungarischen Kommunistischen Partei vom 28. Dez. an das Gebietskomitee).
- ¹⁰³ OL. Ganz Z. 425. 33. cs. 126. sz.
- ¹⁰⁴ OL. Ganz Z. 425. 33. cs. 126. sz. und SZOT L. Vasas Szaksz. 1945. Ganz gyár 4. d. 1945. szept. 14. ÜB ülés.
- ¹⁰⁵ SZOT L. Vasas Szaksz. Ganz gyár 1945. 4. d.
- ¹⁰⁶ A. a. O. Vegyes lev. 1. d. Jelentés a Ganz Kocsigyár 1945. évi egészségügyi helyzetéről (Bericht über die gesundheitliche Lage der Wagenfabrik Ganz vom Jahr 1945).
- ¹⁰⁷ A. a. O. Ganz gyár. 1945. 4. d.
- ¹⁰⁸ A. a. O. Vagongyári ÜB 1945. május 4. ülésének jegyzőkönyve (Protokoll der Sitzung des Betriebsausschusses der Waggonfabrik am 4. Mai 1945).
- ¹⁰⁹ SZOT L. A Ganz R. T. Vagongyár ÜB 1945. május 25-i ülésének jegyzőkönyve (Protokoll der Sitzung des Betriebsausschusses der Waggonfabrik Ganz A. G. am 25. Mai 1945).
- ¹¹⁰ A. a. O. A Ganz R. T. ÜB 1945. május 9-i ülésének jegyzőkönyve (Protokoll der Sitzung des Betriebsausschusses der Ganz A. G. vom 9. Mai 1945).
- ¹¹¹ A. a. O. Vegyes lev. A Ganz ÜB levele a Belügyhöz. (Brief des Ganz'schen Betriebsausschusses an das Innen-Ministerium) 11. Juli 1945.

¹¹² OL. Ganz Z. 425. 37. cs.

¹¹³ SZOT L. Vasas Szaksz. 1945. Ganz gyár 4. d. (Auszug aus dem Protokoll der Konferenz der Vertrauensmänner der Waggonabteilung).

¹¹⁴ A. a. O. Szakszervezeti Központi Tanács. Vas-Witteg lev. 1/a.

¹¹⁵ A. a. O. Vasas Szaksz. 1945. Ganz gyár 4. d. Ganz Vagon ÜB jegyzőkönyve. 1945. júl. 7.

¹¹⁶ A. a. O. 1945. augusztus 1. ÜB jegyzőkönyve.

¹¹⁷ A. a. O. 1945. július 14. ÜB jegyzőkönyv.

¹¹⁸ A. a. O. Vegyes. 9. d. 1945. nov. 8-i jelentés.

¹¹⁹ SZOT L. Vasas Szaksz. 1945. Ganz gyár 4. d. Ganz Vagon ÜB jegyzőkönyv. 1945. júl. 3.

¹²⁰ OL. Ganz Z. 425. 40. cs.

¹²¹ A. a. O.

¹²² SZOT L. Vasas Szaksz. 1945. Vegyes lev. 1/d.

¹²³ BPB. Arch. B/1/3/VIII/3.

¹²⁴ A. a. O.

¹²⁵ BPB. Arch. B/5/16/70/1330.